

DIE GRUNDLAGEN DES PROGRAMMS DER SLOWAKISCHEN VOLKSPARTEI VOR 1938

Von Jörg K. Hoensch

Voraussetzungen der Autonomie-Politik

Am 18. Dezember 1918 wandelte der Pfarrer von Rosenberg, Andrej Hlinka, einen von ihm im Vormonat gegründeten Priesterrat¹ in eine politische Organisation um, der er den Namen „Hlinkas Slowakische Volkspartei“ (Hlinkova Slovenská ľudová strana a združenie katolíckych roľníkov, domkárov, robotníkov a zamestnancov kresťansko-sociálnych) [slowakisch: HSL'S, hier abgekürzt SVP] gab, und machte sich selbst zum ersten Vorsitzenden. Die Volkspartei-Bewegung, die zwanzig Jahre lang das politische Leben der Tschechoslowakischen Republik entscheidend mitbestimmen sollte, begann auf Initiative des niederen Klerus als eine Interessenvertretung des slowakischen Katholizismus. Eine ungeschickte Personalpolitik der Regierung Kramář, die den Anschein einer Bevorzugung des protestantischen Bevöl-

¹ Hlinka hatte, um die kirchliche Verwaltung in den von den ungarischen Bistümern abgetrennten Gemeinden sicherzustellen und um die patriotischen Appelle der ungarischen Hierarchie an die slowakischen Gläubigen abzuschwächen, gleich nach der Deklaration von Turčiansky Svätý Martin mit der Organisation eines slowakischen Priesterrates begonnen. Vgl. Lettrich, Jozef: A History of Modern Slovakia. London (1956), S. 68 f. und Sidor, Karol: Andrej Hlinka 1864—1926. Preßburg 1934, S. 298. Aber schon am 10. November 1918 wies er seine Amtsbrüder in einem Rundschreiben auf die besorgniserregende Kirchenpolitik der Regierung Kramář hin und stellte darin auch Forderungen auf, die auf eine „autonome Selbstverwaltung“ der Slowakei abzielten. Am 27./28. November kamen auf Hlinkas Vorschlag etwa einhundert katholische Geistliche zu einem Gespräch in Rosenberg zusammen. Hlinka wurde der erste Präsident des sich dort konstituierenden „Priesterrates“ und gleichzeitig Vorsitzender eines fünfzehn Mitglieder starken Exekutivausschusses. Einzelheiten bei Lettrich 69. Der Priesterrat befaßte sich anfangs nur mit Kirchen- und Personalfragen. Vgl. Sidor: Andrej Hlinka 308 und Stanek, Imrich: Zrada a pád. Hlinkovšti separatisté a tak zvaný slovenský štát [Verrat und Fall. Hlinka-Separatisten und der sogenannte slowakische Staat]. (Prag) 1958, S. 54 f. Zur Geschichte der Slowakischen Volkspartei hat Juraj Kramer mehrere Arbeiten vorgelegt. Besonders wichtig sind Slovenské autonomistické hnutie v rokoch 1918—1928 [Die slowakische autonomistische Bewegung in den Jahren 1918—1928]. Preßburg 1962; Irredenta a separatizmus v slovenskej politike [Irredenta und Separatismus in der slowakischen Politik]. Preßburg 1957; Ausländische Einflüsse auf die Entwicklung der slowakischen autonomistischen Bewegung. Historica 3 (1961) 159—193 und Die slowakische autonomistische Bewegung in den Jahren 1918—1929. Historica 7 (1963) 115—143.

kerungsteils erwecken konnte², und ihre Verordnungen auf kirchenpolitischem Gebiet drängten den slowakischen Klerus in eine aggressive Opposition. Die Enteignung kirchlichen Grundbesitzes in Schiedsgerichtsverfahren, die Einführung der Militärdienstpflicht für katholische Geistliche, die Einschränkung des Religionsunterrichts in den Schulen zugunsten der naturwissenschaftlichen Fächer, die Umwandlung der Konfessionsschulen in staatliche Anstalten, die Eherechtsreform, die Regierungsunterstützung für die neugegründete Tschechoslowakische Nationalkirche — diese Maßnahmen waren dazu angetan, das Mißtrauen der katholischen Geistlichkeit und der hinter ihr stehenden Bevölkerungsschicht der Regierung gegenüber zu vermehren³. Als bestimmende Elemente kennzeichneten also weniger „natio-

² Die amtliche Statistik von 1930 wies 71,6 % der slowakischen Bevölkerung als Katholiken aus, 16,5 % bekannten sich zum protestantischen Glauben Augsburgischer Bekenntnisses. Die SVP focht die Richtigkeit dieser Zahlen an und gab dem katholischen Volksteil 84 %. Vgl. Nowak, Robert: Der künstliche Staat. Ostprobleme der Tschechoslowakei. Oldenburg i. O. (1938), S. 40 und Oddo, Gilbert L.: Slovakia and Its People. New York 1960, S. 212. Nach den statistischen Angaben standen 2 384 355 Katholiken (1921: 2 128 205 = 70,9 %) 548 583 (1921: 530 512 = 17,6 %) Protestanten gegenüber. Neben den Protestanten kamen andere Bekenntnisse — Böhmisches Brüder, Reformierte helvetischer Konfession (Calvinisten), Orthodoxe, Altkatholiken — kaum in Betracht; nur die „griechisch und armenisch Katholischen“ (Griechisch-Uniert) machten noch 6,4 % = 213 725 (1921: 193 778 = 6,5 %) der Bevölkerung aus. 4,11 % = 136 737 Personen (1921: 135 918 = 4,5 %) gehörten dem jüdischen Glauben an. Der Anteil der Katholiken in der Slowakei lag unter dem in Mähren-Schlesien mit 85,9 % und Böhmen mit 74,8 % (Nach: Statistische Übersicht der tschechoslowakischen Republik. Hrsg. vom Statistischen Staatsamt in Prag. Brünn 1930, S. 10 f.).

³ Die von Präsident Masaryk empfohlene Trennung von Staat und Kirche, die in das offizielle Regierungsprogramm übernommen wurde, verschärfte die Spannungen. Wie die Regierung wurden auch die slowakischen Protestanten, die den Regierungskurs befürworteten, scharf vom katholischen Klerus angegriffen und einer kirchen- und religionsfeindlichen Haltung bezichtigt. Eine dem zahlenmäßigen Verhältnis der Konfession entsprechende Gleichstellung der slowakischen Katholiken mit den Protestanten im öffentlichen Leben wurde zu einer Grundvoraussetzung für eine konstruktive Zusammenarbeit gemacht. Dem slowakischen Katholizismus fehlte anfänglich eine breitere Mittelschicht, die die bildungsmäßigen Voraussetzungen mitbrachte, bestimmte staatliche Stellen zu übernehmen. Leider identifizierte später die SVP als katholische Interessenvertreterin den protestantischen Politiker mit der protestantischen Kirche und schuf so Gegensätze, die bis 1938 nie ganz ausgeglichen werden konnten. Die allgemein verbreitete Koppelung der Begriffe „Evangelisch = Tschechoslowake“ bei der SVP und von „Katholisch = Magyaron = Volksparteiler“ bei den Zentralisten trug nicht dazu bei, das Zusammenleben der Konfessionen zu erleichtern.

Die eingehende Besprechung dieses Fragenkomplexes geht über den Rahmen dieser Abhandlung hinaus. Wir verweisen deshalb auf den Aufsatz von Fedor Ruppelt über die Lage der katholischen Kirche in der Slowakei in: Slovakia, Then and Now. Hrsg. von R. W. Seton-Watson. London 1931, S. 177 ff. — Seton-Watson, R. W.: The New Slovakia. Prag 1924, S. 32—39 und Seton-Watson, R. W.: Czechs and Slovaks. London 1943, S. 333 f. — Borovička, J.: Zehn Jahre tschechoslowakischer Politik. Prag 1929, S. 129—132. — Klepetář, Harry: Seit 1918 ... Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. Mährisch Ostrau 1937, S. 91 f. — Nowak: Der künstliche Staat 40—46. — Stanek 29—31. — Oddo 212 f.

nale“ Motive, sondern hauptsächlich religiöse und volkswirtschaftliche Bedenken sowie die persönlichen Spannungen zwischen Hlinka und dem Regierungsbeauftragten für die Slowakei, Dr. Vavro Šrobár, die Parteigründung⁴. Diese beiden Komponenten führten ab 1919 zu einer gefährlichen Vertiefung der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den „Regierungsslowaken“⁵ und dem durch die SVP vertretenen katholischen Volksteil auf nationalem, kirchen- und wirtschaftspolitischem Gebiet. Andrej Hlinka wurde zum Exponenten der Richtung, die mit der Forderung auf Anerkennung der Slowaken als einer eigenständigen, von den Tschechen ethnisch, sprachlich und kulturell durchaus verschiedenen Nation und auf Gewährung der uneingeschränkten „politischen Autonomie für das Land Slowakei“ für eine stärkere Berücksichtigung der slowakischen Belange in der tschechoslowakischen Innenpolitik eintrat; er selbst verkörpert auch am deutlichsten die Konzeption der Ideologie und die Geschichte seiner Schöpfung, der SVP.

Hlinka hatte sich schon vor 1914 für eine Verbesserung der slowakischen politischen und kulturellen Belange unter der ungarischen Herrschaft eingesetzt und war bis zum Oktober 1918 offen für die Gründung eines gemein-

⁴ Dr. Vavro Šrobár, um die Jahrhundertwende Hlinka noch freundschaftlich verbunden, gab seit 1898 die in Skalica erscheinende Zeitschrift „Hlas“ heraus und bemühte sich, Masaryks Lehren im Kreise der nicht zahlreichen slowakischen Intelligenz zu verbreiten. Seinem Freundeskreis, den „Hlasisten“, kam als politischer Bewegung keine Bedeutung zu. Während des Krieges hielt Šrobár von Rosenberg aus lockere Verbindungen zur tschechischen Maffia aufrecht. Im ersten Kabinett Kramář übernahm er das Gesundheitsministerium. Doch schon am 5. November bildete er im Auftrag der Regierung eine vorläufige „slowakische Landesregierung“ und übernahm deren Vorsitz. (Vgl. Epstein, Leo: Studienausgabe der Verfassungsgesetze der ČSR. Reichenberg 1923, S. 82.) — Am 10. Dezember 1918 wurde er zum bevollmächtigten Minister für die Slowakei ernannt und richtete seine in „Regierungsamt“ umbenannte Verwaltungsbehörde zuerst in Sil-lein, nach der militärischen Besetzung der Slowakei in Preßburg ein. Hlinka wurde Šrobárs unversöhnlicher politischer Gegner und übertrug seine Abneigung lange Zeit auch auf die Republik, die Šrobár als verantwortlicher Minister für die Slowakei repräsentierte. Seton-Watson hat in *The New Slovakia* den persönlichen Zwist zwischen Hlinka und Šrobár und seine politischen Folgen untersucht. Šrobár selbst legte die Begründung für sein Verhalten in seinem Memoirenwerk *Oslobodené Slovensko. Pamäti z rokov 1918 až 1920* [Die Befreiung der Slowakei. Erinnerungen aus den Jahren 1918 bis 1920]. Prag 1928, ab S. 215 vor. — Vgl. auch Dérer, Ivan: *Slovenský vývoj a ľudácka zrada* [Die Entwicklung der Slowakei und der Verrat der Volksparteiler]. Prag 1946, S. 108 ff. und Klepetář 91 f.

⁵ Der Begriff „Regierungsslowaken“ steht für die Anhänger einer Politik, die in der engen politischen und kulturellen Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Regierung die soziale und wirtschaftliche Lage in der Slowakei verbessern wollten und im Endeffekt eine weitgehende Angleichung zwischen Tschechen und Slowaken zu „Tschechoslowaken“ befürworteten. Die „Regierungsslowaken“ waren hauptsächlich in der Agrarpartei und bei den Sozialdemokraten zu finden; sie wurden oft mit den protestantischen Politikern gleichgesetzt. Doch auch die politische Ausrichtung innerhalb der „Regierungsslowaken“ war nicht völlig homogen: während die Sozialdemokraten einen strikten Zentralismus befürworteten, schwenkten die Agrarier unter dem Einfluß Hodžas in den späten zwanziger Jahren zu einem gemäßigten Zentralismus, dem „Regionalismus“, ab.

samen Staatswesens der Tschechen und Slowaken eingetreten. Am 27. September 1864 als Kleinbauernsohn in Černová geboren, 1889 zum Priester geweiht, begann er 1892 seine politische Laufbahn in der Ungarischen Volkspartei des Grafen Ferdinand Zichy. Im Dezember 1905 gab Hlinka, von der Volkstumspolitik der Ungarischen Volkspartei enttäuscht, den Anstoß zur Gründung der katholisch-konservativen „Slowakischen Volkspartei“ (L'udová strana)⁶. 1906 suspendierte ihn sein Bischof wegen „regierungsfeindlicher politischer Tätigkeit“ ab officio et ab ordine; mit der gleichen Begründung wurde Hlinka 1908 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Seinen Versuchen, die verbotene L'udová strana 1913 wieder zu aktivieren, blieb der Erfolg versagt. Kurz vor und während des Ersten Weltkrieges verhielt er sich, wie die meisten Slowaken, politisch passiv, erst 1918 trat er im Mai und Oktober in Turčiansky Svätý Martin als Vertreter der zentralistisch eingestellten Richtung in Erscheinung⁷.

Hlinka, ehrgeizig und selbstbewußt, regierte seine Partei bis kurz vor seinem Tode 1938 mit unbestrittener Autorität. In den Spitzengremien erhielten anfangs beinahe ausnahmslos nur katholische Geistliche Sitz und Stimme⁸. Auch im Funktionsapparat der SVP herrschten die Vertreter des Klerus vor. Doch aus der katholischen Honoratiorenpartei formte er in kurzer Zeit in selbstlosem Einsatz eine wirkliche „Volkspartei“ mit einem beträchtlichen Stamm von Mitgliedern und ehrenamtlichen Funktionären, die den von Hlinka ausgegebenen Parolen, wie „Die Slowakei den Slowaken“ und „Das Pittsburger Abkommen muß in die Verfassung aufgenommen werden“, fanatisch Glauben schenkten. Hlinkas Einfluß und seine persönliche Machtfülle wurden durch die rasche Expansion der Partei nie in Frage gestellt. Er blieb immer der praktischen Parteiarbeit verhaftet: Hlinka besaß keinen schöpferischen, kritischen Geist, und er hat sich daher kaum mit theoretischen Fragen beschäftigt. Die ideologische Begründung seines Programms überließ er ganz seinen Unterführern. So formulierte Tuka und nach ihm Tiso die

⁶ Vgl. Kirschbaum, Jozef: Slovakia: Nation at the Cross Roads of Central Europe. New York 1960, S. 55. — Lettrich 40. — Die neue Partei gab ein sozial-katholisches Programm auf konservativer Grundlage heraus. Als Führer galten Dr. Ferdiš Juriga, Martin Kollár, F. Skyčák und Andrej Hlinka. Die These der National- und Kultureinheit der Tschechen und der Slowaken fand damals auch die Billigung der Volkspartei. Das Verbot der ungarischen Regierung zwang diese lockere Parteiorganisation schon vor dem Ersten Weltkrieg, ihre Arbeit unter den Slowaken einzustellen.

⁷ Über Hlinkas politische Ansichten und sein Eintreten für die „tschechoslowakische Idee“ in seiner Frühzeit geben Auskunft: Sidor: Andrej Hlinka. — Sidor, Karol: Masakra v Černovej [Das Masaker in Černová]. Scranton/Pa. 1947. — Fagula, L. G.: A. Hlinka. Preßburg 1943. — Scotus Viator (R. W. Seton-Watson): Racial Problems in Hungary. London 1908.

⁸ Neben Jehlička waren es Juriga, Kmetko, Vojtaššák, Grebač, Kačka, Buday und Mnohel, etwas später dann Tiso, der Kanonikus Šrobár, Buček, Körper und Gallo, die an der Ausrichtung der SVP-Politik beteiligt wurden. Mit Tuka, Sidor, Sivák und Sokol gewannen ab 1925 aber auch Laien Eingang in das Parteipräsidium und den Exekutivausschuß. Vgl. Kirschbaum 61f.

ideelle Grundkonzeption der SVP. Die materiellen Ziele der Parteiarbeit und den von der Parlamentsfraktion einzuschlagenden Kurs bestimmte allein Hlinka — oder der Berater, der sich gerade seines Vertrauens erfreute. Die Führungsgremien konnten auf die Ausrichtung der Parteipolitik kaum Einfluß nehmen, da sie Hlinka bewußt nur mit seinen linientreuesten Anhängern besetzte und außerdem das Präsidium allein in untergeordneten Fragen zu Rate zog, ohne sich durch dessen Entschlüsse gebunden zu fühlen⁹. Doch gerade in der Auswahl seiner engsten Ratgeber besaß Hlinka keine glückliche Hand: hörte er 1919 allein auf Dr. Francis Jehlička und ließ sich von ihm zu weitreichenden politischen Fehlern verleiten, so folgte er von 1922 bis 1928 vor allem den Weisungen Dr. Vojtěch Tukas. Nach dessen Verurteilung wegen Hochverrats im Jahre 1929 gewann der Einfluß Dr. Jozef Tisos die Oberhand; seit 1935 zeigte sich Hlinka den Ideen der Tuka-Schüler — und hier vor allem Karol Sidors — aufgeschlossen. Sowohl das Programm als auch die „Ideologie“ der SVP spiegeln diese Schwankungen wider.

Dennoch war Hlinka eigentlich ein Mann der Kirche und nicht ein Politiker, da ihm das abwägende Urteil und die mäßigende Abgeklärtheit des Staatsmannes fehlten¹⁰: ein Gefangener seines emotionalen, unkritischen und impulsiven Charakters, eigensinnig, gehemmt von persönlicher Eitelkeit, einem brennenden Ehrgeiz, dem Streben nach persönlicher Macht und Geltung. Sein selbstloser Einsatz und der Drang nach Hingabe an eine höhere Sache — die „slowakische Nation“ — nahmen ein solches Ausmaß an, daß er sich als Werkzeug und Beauftragter Gottes fühlte. Er verstand es, getragen von der Überzeugung, allein das Wohl des slowakischen Volkes im Auge zu haben, durch seine gefühlsbetonten, volkstümlichen Reden die slowakische Bevölkerung seinem Einfluß zugänglich zu machen und ein slowakisches Nationalgefühl zu erwecken. Nicht umsonst trug er daher schon zu Lebzeiten den Ehrentitel „Vodca Národa“, Führer des Volkes, Vater der Nation.

Innerhalb der Führungsgremien und des Funktionärsapparates der Partei kämpften zwei Gruppen um die Macht. Da die Partei aus einer Organisation slowakischer Priester hervorgegangen war, machten diese den Kern des konservativen Flügels aus. Das tiefreligiöse Empfinden und die naive Gläubigkeit der slowakischen Katholiken hatten ihrer Geistlichkeit bisher einen weiten Einfluß in allen Lebensbereichen gesichert, den sie durch die von der Regierung propagierte strikte Trennung von Staat und Kirche zu verlieren befürchtete. Ihre Opposition richtete sich aber nicht grundsätzlich gegen den

⁹ Nach einer Aussage des SVP-Abgeordneten Dr. Gažík, zit. bei Stanek 56.

¹⁰ Seton-Watson sah in ihm einen Kirchenmann des 12. Jahrhunderts und stellte einmal die Frage, ob Hlinka nicht besser in die Zeit Gregors des Großen oder Thomas Beckets gepaßt hätte (In: A History of the Czechs and Slovaks. London 1943, S. 333 und in: The New Slovakia 43). In der modernen slowakischen Geschichtsliteratur erscheint Hlinka als die „Verkörperung der Finsternis, der Mystik, des Konservatismus, der Bigotterie, der Demagogie und der Inkonsistenz — all das sind die typischen Züge, durch die sich auch die SVP und der slowakische Klero-Faschismus auszeichneten“. Stanek 57.

tschechoslowakischen Staat, sondern gegen die anscheinend „anti-klerikale“ Politik der tschechoslowakischen Regierungen¹¹.

Während der ersten Jahre der Republik besaß jede slowakische Partei eine einflußreiche pro-magyarische Sektion; bei der SVP fanden sich besonders viele Magyaronen ein, denn auch die magyarisierte Priesterschaft unterstützte aus ganzem Herzen die Kirchenpolitik der Partei¹². Da die Regierung wegen der schlechten Beziehungen zwischen Prag und dem Vatikan anfangs nur wenig für die „Slowakisierung“ des Klerus unternehmen konnte, blieben die Magyaronen in der SVP längere Zeit hindurch als in den anderen Parteien einflußreich. Hlinkas engster Mitarbeiter aus der Frühzeit, Dr. Francis Jehlička, entstammte diesem Lager. Zudem war die Mehrheit der numerisch geringen slowakischen Intelligenzschicht in ihrem Denken magyarisiert und lehnte die Tschechen und die neue Ordnung im Staat ab. Sie konnten nicht als „staatsbejahend“ oder „staatsfördernd“ bezeichnet werden¹³. Die „Regierungsslowaken“ und die tschechischen Parteien begingen den taktischen Fehler, die Volkspartei als Sammelbecken der Magyarophilie abzustempeln. Nach dem Ausscheiden Jehličkas aus der Partei nahm der Einfluß der Magyaronen stetig ab, nach 1930 besaßen sie keinen nennenswerten Rückhalt mehr in der SVP.

Um die katholische Geistlichkeit scharten sich die konservativ eingestellten Parteimitglieder, von denen viele schon der alten L'udová strana angehört hatten. Sie waren als Lehrer, Notare, kleine Gutsbesitzer und Unternehmer die Träger der bescheidenen Volkstumsarbeit unter der ungarischen Herrschaft gewesen¹⁴. Trotzdem waren auch sie bereit, die „slowakischen Nationalinteressen“ jederzeit den Interessen der katholischen Kirche unterzuordnen. Die Mitglieder dieser Gruppe anerkannten und bejahten den tschechoslowakischen Staat; sie setzten sich kompromißbereit für die Gewährung einer kulturellen Autonomie, eine Beteiligung der Slowaken an der Verwal-

¹¹ Aus dem geistlichen Stande kamen unter anderen Tiso, die Bischöfe Vojtaššák, Gojdič und Kmetko; Bevzalka, Juriga, Grebáč, Koválik, Eugen Filkorn, Macháček, Onderčko, Šalát, Buday und Bobok, die schnell führende Stellen in der SVP einnahmen.

¹² Vgl. Macartney, C. A.: *Hungary and Her Successors*. London 1937, S. 139 f.

¹³ Die Zahl der aktiven slowakischen „Nationalisten“, die der Regierung ihre Mitarbeit anboten, schätzte R. W. Seton-Watson in: *The New Slovakia* 14 auf höchstens 750 bis 1000 Personen. Macartney 111 spricht von „wenigen hundert Leuten“.

Vor der Beschuldigung der „Regierungsslowaken“, besonders der Sozialdemokraten, ein „Magyarone“ zu sein, konnte sich kaum ein prominenter SVP-Politiker retten. Vgl. Dérer 19—23. Die SVP bemühte sich anfangs selbst, alle belasteten Magyaronen aus der Partei auszuschließen. Leider stellte sich Hlinka seit 1921 gegen diese Bestrebungen, um Tuka der Partei zu erhalten. Vgl. Hulička, Karel: *The Politics of the Czechs and Slovaks 1938—1952*. Phil. Diss. Berkeley 1952, M S., S. 320.

¹⁴ Als führende Mitglieder dieser Gruppe sind Pružinský, Karol und Anton Mederly, Sivák, Fritz, J. Janček, Juraj Ďurčanský, Dr. Labaj, Dr. Mirko Gažik, Dr. Karol Krčméry, F. Galan, V. Tvrđý, Dr. Kállay und Turček herauszustellen.

tung und eine bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik ein. Sie besaßen bis 1938 die Mehrheit in den Führungsgremien der Partei und übten einen bestimmenden Einfluß auf den ihren Vorstellungen nahestehenden Hlinka aus. Als Repräsentanten der Konservativen nahmen Dr. Buday und Dr. Tiso den stellvertretenden Vorsitz der Partei ein.

Der kleine rechtsorientierte Flügel fand seinen Sprecher in Prof. Dr. Vojtěch Tuka, der seit seinem Beitritt zur SVP im Jahre 1921 einen antitschechischen Kurs propagierte. Er sammelte einige junge Intellektuelle und aus dem Kriege zurückgekehrte Soldaten um sich, die weder mit der politischen noch mit der wirtschaftlichen Entwicklung zufrieden waren. Eine autonome Slowakei im Rahmen der ČSR lehnten sie ab: ihrem Ideal entsprach ein slowakischer „Nationalstaat“ nach dem Vorbild des faschistischen Italien. Tukas Stellung als Generalsekretär, Präsidiumsmitglied und Chefredakteur des ‚Slovák‘ versetzte ihn in die Lage, seinen Ideen Gehör zu verschaffen und seine Anhänger in den maßgebenden Stellen des Parteibetriebes unterzubringen. Die in der von Tuka gegründeten „Vaterlandswehr“ (Rodobrana) — den Fasci di Combattimento und der SA nachgebildet — erfaßten jungen Männer und ein Teil der Preßburger Studenten, denen die ethischen und religiösen Bindungen der „Gemäßigten“ weitgehend fehlten, schenkten seinen politischen Vorstellungen fanatisch Glauben. Auch nach Tukas Verurteilung wegen Landesverrat im Jahre 1929 blieb sein Einfluß noch so bestimmend, daß der engere Kreis seiner Schüler, die „Nástupisten“¹⁵ — die Brüder Ďurčanský, Vašek, Staško, Murin, Polakovič, Pokorný, Kempný, Mach und Murgaš —, diese Gruppe zusammenhalten und ab 1933 ihren Einfluß in der Partei steigern konnten. Die Machtübernahme Hitlers und die Erfolge der Sudetendeutschen Partei (SdP) blieben nicht ohne Auswirkungen auf den Kurs der „Radikalen“¹⁶. Sie stellten dabei in der Tradition Tukas und im Widerspruch zu dem gemäßigten Parteiflügel nicht mehr die Forderung nach „na-

¹⁵ Der junge Jurist Dr. Ján Ďurčanský gab seit dem 15. April 1933 die von seinem Bruder Ferdinand redigierte Halbmonatszeitschrift ‚Nástup‘ (Aufbruch, Antritt) heraus, die der ganzen Gruppe der separatistisch eingestellten „Radikalen“ den Namen gab. In dieser Zeitschrift vertraten vor allem Dr. Ferdinand Ďurčanský und seine Freunde bewußt anti-tschechische, anti-semitische und anti-marxistische Gedankengänge. Die kritiklose Bewunderung für Mussolini und Hitler, ihrer Ideologie und ihrer totalitären Staaten kennzeichnete die Ausrichtung des ‚Nástup‘.

¹⁶ Wir möchten vermeiden, diese Gruppe in der Terminologie der dreißiger Jahre und der modernen tschechoslowakischen Geschichtsschreibung schlichtweg als „Separatisten“ zu bezeichnen, da ihr auch Politiker wie z. B. Sidor angehörten, der, wie sich später herausstellen sollte, für den Verbleib der Slowakei in einer tschechoslowakischen Föderation eintrat. Wir können nicht umhin, diese Politiker — trotz der Verschiedenheit ihrer ideologischen Grundanschauung — durch die Gemeinsamkeit ihrer Methoden kurz als „Radikale“ zu kennzeichnen. Damit ist aber keine prinzipielle Wertung ihrer politischen Vorstellungen verbunden. Die Bezeichnung „Aktivisten“ oder „Nástupisten“ trifft für die Zeit ab 1936 nicht mehr zu: der erste Begriff würde ihre Ziele verniedlichen, während der zweite der immer deutlicher werdenden ideologisch-politischen Aufsplitterung in dieser Gruppe nicht entspräche.

tionaler Autonomie“ im Rahmen der CSR auf, sondern nach voller „Souveränität des slowakischen Staates“. Seit 1936 wurde bei der Festlegung der Parteipolitik auf sie Rücksicht genommen; nach dem Münchener Abkommen ging die politische Initiative in der Slowakei faktisch in ihre Hände über.

Den frühesten programmatischen Forderungen Hlinkas vom 18. Dezember 1918 war zu entnehmen, daß sich seine Partei für die Anwendung christlich-katholischer Prinzipien auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, der Politik, der Wirtschaft, der sozialen Fürsorge und der Kultur im tschechoslowakischen Staat einsetzen werde. In Verbindung mit der katholischen Staats- und Gesellschaftslehre wollte die Partei auch den nationalen slowakischen Interessen förderlich sein. An Sofortmaßnahmen verlangte die SVP anfangs einen Kurswechsel in der Kirchen- und Schulpolitik der Regierung; bald ließ sie Klagen über die Tschechisierung der slowakischen Verwaltung, über die politische Entmündigung der slowakischen Katholiken, über die Stationierung tschechischer Truppen in der Slowakei und über die Wirtschaftspolitik laut werden. Die SVP wollte vor allem ihre Anhänger nach ihrer numerischen Stärke im Parlament und in der slowakischen Verwaltung vertreten wissen, um eine Garantie für die Berücksichtigung der katholischen Interessen zu erhalten. So war und blieb die Politik der Volkspartei strikt im Konfessionellen gebunden¹⁷.

Der Ideologe der SVP, Dr. Jozef Tiso, gab zwar als den „Gegenstand des politischen Bestrebens der SVP . . . nichts anderes als das slowakische Volk — als ein selbständiges, selbstbewußtes und selbstgenügsames Volk“ an. „Es sollte diesem Volk geholfen werden, moralisch und wirtschaftlich selbständig zu werden . . . Nicht nur das materielle Interesse, sondern auch die geistige, kulturelle, die höhere ideelle Zielsetzung war das politische Programm der Volkspartei . . . Die Politik der Volkspartei hatte in der Tat nur das nationale Interesse des slowakischen Volkes vor Augen¹⁸.“ Forderungen „nationaler“ Natur wurden aber von der SVP erst nach Bekanntwerden des Pittsburgher Abkommens in der Slowakei, nach dem 19. April 1919, erhoben¹⁹. Hlinka und sein Berater Jehlička lasen aus dem Text des am 30. Mai 1918 von Prof. T. G. Masaryk formulierten und von ihm und den Vertretern der slowakischen und tschechischen Organisationen in den USA unterzeichneten „Česko-slovenská dohoda“²⁰ nur den einen Satz heraus, der den Slowaken

¹⁷ Der Konfessionalismus der SVP stand auch im Prozeß gegen Tiso 1946/47 im Mittelpunkt der Erörterungen. Es ist Tiso nicht gelungen, den konfessionellen Charakter der SVP bis 1938 überzeugend zu widerlegen. Wir verweisen auf die Widersprüche in seiner Verteidigungsrede: Tiso, Jozef: Die Wahrheit über die Slowakei. o. O. 1948, S. 104/05 und 121/22.

¹⁸ Tiso: Wahrheit 113/14.

¹⁹ Im Gegensatz zu dieser Ansicht steht eine Erklärung Tisos: „Die Interessen und der Schutz der Interessen der slowakischen Nation waren auch, solange wir vom Pittsburgher Abkommen keine Kenntnis hatten, das grundlegende Programm und der Inhalt unserer Bewegung.“ Nach Tiso: Wahrheit 118.

²⁰ Text bei Čulen, Konstantin: Pittsburghská dohoda [Das Pittsburgher Abkommen]. Preßburg 1937, S. 177 ff. Deutsche Übersetzungen bei Nowak: Der künstliche

„ihre eigene Verwaltung, ihren Landtag und ihre Gerichte“ versprach. Dem entscheidenden letzten Satz des Abkommens: „Die weiteren Einzelheiten über die Ausgestaltung des tschechoslowakischen Staates werden den befreiten Tschechen und Slowaken und ihren rechtmäßigen Vertretern überlassen“, maßen sie keine Bedeutung bei²¹. Hlinka lehnte die in der Verfassung ver-

Staat 138. — Urban, Rudolf: Der Pittsburger Vertrag und die Autonomieforderungen der Slowaken. OE 13 (1937/38) 610.

„Dohoda“ kann mit „Übereinkommen“, „Abkommen“ und „Vertrag“ übersetzt werden. Die Vertreter einer slowakischen Autonomie-Politik gebrauchten „dohoda“ in der Bedeutung von „Vertrag“, ihre Gegner von „unverbindlicher Abmachung“. Es ist nicht unsere Aufgabe, auf die Entstehungsgeschichte und die juristische Verbindlichkeit dieses Abkommens einzugehen. Wir verweisen dazu für den Standpunkt der Autonomisten auf das bereits erwähnte Werk von Čulen: Pittsburská dohoda, das in Auszügen unter dem Titel: Die Haltung der Amerika-Slowaken Beneš gegenüber. Preßburg 1945, auch auf Deutsch vorliegt. — „Autonomist“: Slovakia's Plea for Autonomy. Middletown/Pa. 1935 und Sidor, Karol: Slovenská politika na pôde pražského snemu 1918—1938 [Die slowakische Politik auf dem Boden des Prager Parlaments]. Preßburg 1943. Masaryks Einstellung zu dem Abkommen geht aus seinem Beitrag: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914—1918. Berlin 1928, hervor. — Vgl. auch Singule, Hans: Der Staat Masaryks. Berlin 1937, S. 71—76. — Beneš, Vojta: Masarykovo dílo v Americe [Masaryks Werk in Amerika]. Prag 1925. Über Masaryks Motivierungen beim Vertragsabschluß siehe Mamatey, Victor S.: The United States and Eastern Central Europe 1914—1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda. Princeton 1957, S. 282 ff. Eine Interpretation vom zentralistischen Standpunkt bieten Jirásek, Jozef: Slovensko na rozcestí 1918—1938 [Die Slowakei am Scheideweg]. Brünn 1947 und Dérer. Neuere Beurteilungen zum Pittsburger Abkommen von exil-slowakischer Seite bei Kirschbaum und Lettrich; von slowakisch-kommunistischer Seite bei Lipscher, Ladislav: L'udácka autonómia. Ilúzie a skutočnosť [Die Autonomie der Volksparteiler. Illusion und Wirklichkeit]. Preßburg 1957. Die mit dem Pittsburger Abkommen verbundenen juristischen und völkerrechtlichen Probleme stellen Braunnias, Karl: Der Pittsburger Vertrag. Zeitschrift für Völkerrecht 22 (1938) 194—200 und Schranil, Rudolf: Versuch eines staatsrechtlichen Umbaus der Tschechoslowakei und ihr Ende. Zeitschrift für Osteuropäisches Recht, N. F. 5 (1939) 541—567 dar.

²¹ Von diesem Recht hatten die Revolutionäre Nationalversammlung und, mit gewissen Vorbehalten, auch die Abgeordneten der SVP Gebrauch gemacht. Die Verfassung vom 29. Februar 1920, die die nationale Einheit der Tschechen und Slowaken in der Präambel hervorhob, trug aber einen Oktroicharakter, da sie von einer ernannten Nationalversammlung beschlossen worden war. Auch war darin der slowakische katholische Volksteil nicht seiner tatsächlichen Stärke entsprechend repräsentiert. Die moralische Verbindlichkeit des Pittsburger Abkommens, das nicht nur die politischen Ziele und die Geisteshaltung Masaryks, sondern auch der nach Amerika ausgewanderten Tschechen und Slowaken widerspiegelt, soll damit nicht geschmälert werden.

In gleicher Weise hat sich Masaryk 1918 auch mit den Vertretern der in Amerika lebenden Karpatoukrainer verständigt. Die Legitimation dieser Gruppe um Dr. Žatkovič war weder besser noch schlechter als die der Pittsburger Unterzeichner. Dieser Beschluß einer privaten Vereinigung amerikanischer Staatsbürger diente Masaryk jedoch als Grundlage für die spätere Besetzung der Karpaten-ukraine. Die von den Ruthenen geforderte Autonomie wurde ihnen im Frieden von Trianon zuerkannt; erst 1937 nahm die Prager Regierung die Durchführung

tretenen Idee einer einheitlichen „tschechoslowakischen Nation“ und die daraus entspringenden politischen und nationalen Konsequenzen entschieden ab und beanspruchte die Anerkennung der Slowaken als ethnisch individuelle, von den Tschechen durchaus abgegrenzte Nation. Die Slowakei sollte innerhalb der ČSR zu einem Selbstverwaltungsverband mit abgeleiteten Befugnissen, mit einem eigenen Landtag, mit einer selbstständigen Exekutive und voller Verwaltungshoheit umgewandelt werden. Von jetzt ab wurden jedoch auch alle Beschwerdepunkte der SVP, ob sie nun auf dem nationalen, kirchlichen, administrativen, wirtschaftlichen oder kulturellen Sektor lagen, unter dem Deckmantel der Forderung nach „nationaler Autonomie“ und nach der „Verwirklichung des Pittsburger Abkommens“ verborgen. Der Staatsverband der Tschechen und Slowaken, eine Tschecho-Slowakische Republik, wurde von der SVP bis zum Jahre 1938 grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Die SVP unter Hlinka bejahte die ČSR²²; eine mögliche Rückkehr zu Ungarn oder eine Konföderation der autonomen Slowakei mit Polen wurden nur in kleinen einflußlosen Gruppen innerhalb der SVP erwogen. Diese Kreise konnten ihre Ziele erst dann öffentlich propagieren, als dem alternden Hlinka ab 1937 die Zügel langsam aus der Hand glitten und der SVP von den Regierungen der Nachbarstaaten eine bedeutsame Rolle bei der Zerschlagung der ČSR zugedacht wurde. Die Ausweitung der Autonomie-Politik der SVP zu einer „Souveränitäts-Politik“ im Jahre 1938/39 erscheint daher ohne den Einfluß und die aktive Beteiligung der interessierten ausländischen Mächte undenkbar.

Bei einer Zusammenfassung der Ziele der SVP Hlinkas nach den bis zum Jahre 1937 vorliegenden Gesetzentwürfen, Erklärungen und Publikationen kristallisieren sich vier größere Schwerpunkte heraus. Als Begründung für ihre Forderungen auf innerpolitischem, sprachrechtlichem und wirtschafts-politisch-sozialem Gebiet diente ihr der „nationale“ Programmteil, in dem die SVP, eine graduelle Assimilierung der Slowaken befürchtend, den Anspruch auf Anerkennung der „Eigenständigkeit und der Volksindividualität der slowakischen Nation“ erhob. Da die Verfassung und die Regierungspolitik

in Angriff. Im Jahre 1938 erhielten die Ruthenen eine dem slowakischen Autonomiegesetz entsprechende Rechtsstellung (Vgl. das Gesetz vom 22. November 1938, Nr. 328 SdGuV).

Beneš konnte Ende 1937 nur resigniert zugeben, daß das Pittsburger Abkommen ein offensichtlicher Fehler Masaryks gewesen sei (ADAP, D, II, 25).

Wir verweisen auf die Stellungnahme Masaryks 234 f. und Singules 73 f. — Vgl. auch Macartney 37 und Miller, D. Hunter: My Diary. Bd. 22. New York 1926, S. 220.

²² Der einzigen gegenteiligen Äußerung Hlinkas in einer Rede zum „Tag der slowakischen Intelligenz“ am 25. Juni 1932 in Trenčín, die SVP sei bereit, die Autonomie „auch um den Preis der Republik“ durchzusetzen, standen bis 1938 zahlreiche Erklärungen und Handlungen gegenüber, aus denen die Anerkennung und Bejahung der politischen Einheit des Staates hervorgingen. Vgl. Tiso: Wahrheit 60—62 und 119 und Lipták, Lubomír: Slovenská L'udácka buržoázia a Mnichov [Die slowakische Volksparteiler-Bourgeoisie und München]. In: Kdo zaviniľ Mnichov [Wer hat München verursacht]. (Prag) 1959, S. 107.

die „tschechoslowakische Nationaleinheit“ betonten, schienen den Slowaken als Teil des „Staatsvolkes“ keine politischen oder kulturellen Sonderrechte zuzustehen, wie sie eine nationale Minderheit für sich in Anspruch nehmen konnte. Erst auf dem Wege über die Anerkennung als „einer vom staatsführenden Volk verschiedenen . . . Nationalität“ glaubte die SVP ihr politisches Programm der „nationalen Autonomie“ durchsetzen zu können²³.

Die Ideologen der SVP, speziell Dr. Tiso, machten es sich deshalb zur Aufgabe, das Vorhandensein einer „slowakischen Nation“ und die Berechtigung eines „slowakischen Nationalismus“ aus dem Naturrecht abzuleiten und in historisierender Weise die Kontinuität der slowakischen Autonomiebewegung seit dem 19. Jahrhundert darzustellen²⁴. Durch die Betonung des naturgegebenen Rechts auf die Pflege ihrer Sprache, ihrer „nationalen Eigenart“ und ihrer Bräuche, der natürlichen Einheit des von ihnen bewohnten Raumes und der gemeinsamen Abstammung glaubte die SVP den Beweis für das Vorhandensein einer „slowakischen Nation“ erbracht zu haben. Doch gerade dieses Bewußtsein der gesellschaftlichen, kulturellen und auch historischen Gemeinsamkeit aller Slowaken fehlte 1918 noch weitgehend. Zuerst mußte das Gefühl einer regionalen Zusammengehörigkeit zu einem allgemeinen slowakischen „Nationalbewußtsein“ erweitert werden, bevor das Autonomie-Programm der SVP die Überzeugungskraft und die Unterstützung der slowakischen Wähler gewinnen konnte. Deshalb stellten die Autonomisten den Anspruch auf, in erster Linie „nationale Erwecker“ zu sein; sie leiteten ihren „Nationalismus“ aus der Pflicht ab, sich um das „slowakische Volk kümmern zu müssen“²⁵. Die SVP verstand es schließlich, den triebhaften naiven Nationalismus der slowakischen Bauern aufzugreifen, ihn politisch-ideologisch umzuformen und zuerst in einem Programm der nationalen Autonomie, nach 1938 in der Forderung nach dem slowakischen Nationalstaat zu vertreten. In dieser Hinsicht war „die Bewegung der Volkspartei . . . ein wiederbelebter slowakischer Nationalismus“²⁶.

Ohne die Aufklärungs- und Erziehungsarbeit abwerten zu wollen, erscheint uns doch die Hervorhebung der „nationalen Idee“ im Programm der SVP allein von der Notwendigkeit bestimmt, eine überzeugende Begründung für ihren Anspruch auf „nationale Autonomie“ oder auf die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes herauszustellen. In der praktischen Politik hat sich

²³ Zur Definition des Begriffs „Nationale Autonomie“ siehe Veiter, Theodor: Nationale Autonomie. Rechtstheorie und Verwirklichung im positiven Recht. Wien-Leipzig 1938, S. 58.

²⁴ Vgl. dazu Polakovič, Štefan: Tisova náuka [Tisos Lehre]. Preßburg 1941, S. 103—188 und S. 283—297. — Zachar, L'udovit: Katolicizmus a slovenský národný socializmus. Štátovedecká úvaha [Katholizismus und slowakischer Nationalismus. Staatswissenschaftliche Überlegung]. Preßburg 1940 und Polakovič, Štefan: Slovenský národný socializmus [Slowakischer Nationalsozialismus]. Preßburg 1941.

²⁵ Vgl. die Polemik Tisos vor dem Nationalgerichtshof im März 1947, Wahrheit 123.

²⁶ Šrobár vor dem Nationalgerichtshof während des Tiso-Prozesses, nach Tiso: Wahrheit 113.

die SVP mehrmals zu Konzessionen herbeigelassen, die das „nationale Interesse der Slowakei“ unberücksichtigt ließen²⁷.

Das politische Programm der SVP, das unter dem Schlagwort der „nationalen Autonomie“ lief, war komplex. Hlinka faßte den Inhalt dieses Begriffes sehr weit, denn zeitweise verstand er darunter alle politischen Rechte, soweit diese noch mit der staatlichen Souveränität vereinbar waren und die Einheit der ČSR nicht gefährdeten. Die Zentralregierung sollte als oberste Aufsichtsbehörde den für die Gesetzgebung und die Selbstverwaltung in der Slowakei verantwortlichen Landtag überwachen und die gemeinsamen Ressorts des Äußeren, der Finanzen und der Verteidigung in Übereinstimmung mit der slowakischen Landesregierung verwalten. Die Autonomierechte sollten in der ganzen Slowakei Anwendung finden, jedoch nur von den slowakischen Bewohnern des Landes in Anspruch genommen werden können. Der in der Slowakei lebenden deutschen und magyarischen Minderheit wollte die SVP dann innerhalb der slowakischen Autonomie eine bescheidene Kulturautonomie und Selbstverwaltung auf Gemeinde- und Kreisebene zugestehen. Der juristische Träger der „nationalen Autonomie“ sollte die SVP werden. Daraus leitete sich der Anspruch der Partei als der einzigen bewußt „slowakisch-nationalen Volksorganisation“ ab, allein und verbindlich für die Slowaken mit der Zentralregierung verhandeln und Verträge abschließen zu können. Als wichtigstes Ziel der Parteiarbeit galt, die Mehrheit der slowakischen Wähler zu repräsentieren, um dadurch den alleinigen Führungsanspruch der SVP zu bekräftigen²⁸. Nur eine bescheidene Minderheit innerhalb der Partei gedachte von allem Anfang an die Autonomie als Vorstufe für eine später zu verwirklichende „Souveränität“ auszunützen.

Die SVP stellte ihre Forderungen nach Verwirklichung der „nationalen Autonomie“ nur nach und nach auf; ein geschlossenes Programm legte sie erst 1938 vor. Noch vor der Verabschiedung der Verfassung, am 14. Januar 1920, brachten ihre Abgeordneten einen Ergänzungsantrag zum Verfassungsgesetz ein, in dem sie — noch recht ungenau definiert — die Selbstverwaltung und die Legislative auf Landesebene forderten²⁹. Der Slowakische Klub der Nationalversammlung lehnte den Antrag am 5. Februar 1920 mit der Begründung: „Zur Vorlage im Plenum ungeeignet“ ab³⁰. Die sechs Abgeordneten der Volkspartei stimmten daraufhin der Verfassung am 29. Februar

²⁷ Wir verweisen nur auf den Regierungsbeitritt der SVP im Januar 1927 und auf die Haltung der Partei bei der Wahl Benešs zum Staatspräsidenten im Dezember 1935.

²⁸ Die Frage der Legitimität und Legalität beschäftigte die SVP und besonders Tiso lange. Solange die SVP die Mehrheit der Wähler nicht vertrat, versuchte sie durch die Gründung einer „Autonomen Einheitsfront“ ihren Führungsanspruch zu erhärten. Vgl. Polakovič: *Tisova náuka* 189—228. — Hodža, Milan: *Federation in Central Europe. Reflections and Reminiscences*. New York 1942, S. 91. — Klepetář 394.

²⁹ Text bei Sidor: *Slovenská politika* 69.

³⁰ Nach dem „Slovák“, 31. Dezember 1929.

1920 nur unter Vorbehalten zu; als Ziel ihrer Politik gaben sie offen „eine autonome Slowakei mit eigenem Landtag“ an³¹.

Den ersten durchdachten Entwurf für ein Autonomie-Gesetz arbeitete noch im gleichen Jahr Dr. Ferdiš Juriga aus und legte ihn am 31. Januar 1921 dem Vollzugsausschuß der SVP vor. Nach dem Vorbild des österreichisch-ungarischen Ausgleichs von 1867 sollten dem tschechischen und slowakischen Landesteil im dualistisch gegliederten Staat nur der Präsident der Republik, die Außenpolitik, die Landesverteidigung und die Staatsfinanzen gemeinsam sein³². Der SVP-Abgeordnete Dr. Labaj bejahte in seinem Vorschlag, dem das Verhältnis zwischen Kroatien und Ungarn ab 1868 zu Grunde lag, eine starke Zentralregierung: der Landtag sollte nur die Kontrolle über die staatlichen Verwaltungsbehörden, das Ministerium für die Slowakei, die Verwaltung der Schul- und Kirchenangelegenheiten, das Justizwesen und die Landwirtschaftskammer übernehmen. Auf Hlinkas Aufforderung hin stellte auch Dr. Tuka einen Gesetzentwurf fertig, in dem er die Konstituierung eines Staatenbundes forderte³³. Sein Konzept ließ von der im österreichisch-ungarischen Ausgleich betonten Real- und Personalunion nicht mehr viel übrig. Die von ihm konzipierte „Tschechisch-Slowakische Republik“ wäre eine Konstruktion ohne eigentliche Staatsgewalt gewesen, da sie die Souveränität der beiden Mitgliedstaaten grundsätzlich unangetastet gelassen hätte³⁴.

Eine Kommission der SVP arbeitete Ende 1921 aus diesen drei Vorschlägen den Entwurf eines Autonomiegesetzes aus, der dem Parlament am 27. Januar

³¹ Vgl. Lettrich 73. Über die Modalitäten der Abstimmung zum Verfassungsgesetz vgl. Hartmann, Paul: Die politischen Parteien der Tschechoslowakischen Republik. Eine juristische Studie. Brünn usw. 1931, S. 41 f.

³² Weitere Einzelheiten bei Braunias, Karl: Die verfassungsrechtliche Stellung der Slowakei. Nation und Staat 12 (1939) 219.

³³ Text nach Tuka, Vojtěch: Návrh zákona o autonomii Slovenska [Gesetzentwurf über die Autonomie der Slowakei]. Rosenberg 1921 und dem ‚Slovák‘ vom 24. Juni 1921.

³⁴ Nach Tukas Entwurf sollten die beiden souveränen Staaten, die Tschechei und die Slowakei, einen völkerrechtlichen Vertrag abschließen, der ihr Verhältnis zueinander geregelt und ihnen völkerrechtlich volle Handlungsfreiheit garantiert hätte. Beiden Partnern stand ein eigenes diplomatisches Vertretungsrecht zu. Jedem der beiden Teilstaaten wurden eine eigene Verfassung und Gesetzgebung, eine eigene Regierung und nationale Streitkräfte zugebilligt, deren Unabhängigkeit nur durch die Person des gemeinsamen Staatspräsidenten und die Bestimmung, nur gemeinsam Krieg zu führen und Frieden zu schließen, eingeschränkt gewesen wäre. Zur gemeinsamen Lösung größerer Angelegenheiten sollten untereinander Meistbegünstigungsverträge abgeschlossen werden. Um eine mögliche Vorherrschaft der an Zahl und Wirtschaftskraft überlegenen Tschechen auszuschalten, sollte bei gemeinsamer Beratung jedem Partner dieselbe Stimmenzahl zur Verfügung stehen.

Dieser Entwurf Tukas hat bei der Planung der „Radikalen“ in der SVP in den dreißiger Jahren noch eine größere Rolle gespielt. Im polnischen Außenministerium beschäftigte sich 1934 der Direktor der Ostabteilung, Kobylanski, mit den Autonomie-Forderungen der Slowaken, insbesondere mit dem Gesetz-Entwurf Tukas, den er wegen seiner weitgespannten Konzeption als die für Polen günstigste Lösung des tschechisch-slowakischen Verhältnisses ansah.

1922 in Form eines „Gesetzesantrags auf Verfassungsänderung“ vorgelegt wurde. Seine Kernpunkte finden sich, abgesehen von einigen zeitbedingten Korrekturen 1930 und 1934, auch in den Juni- und Augustvorschlägen der SVP aus dem Jahre 1938; das slowakische Autonomie-Gesetz vom 22. November 1938 verwirklichte dann den Großteil der hier zum ersten Mal aufgestellten Forderungen. Dieser Antrag wurde 1922 schon im Initiativauschuß des Parlaments verworfen, der ihn ohne nähere Begründung zur Ergänzung der Verfassung für ungeeignet erklärte.

Es findet sich wahrscheinlich kein anderes politisches Dokument, das die frühen materiellen Ziele der SVP-Politik in gleicher Geschlossenheit aufzeigt und ein so offenes Bekenntnis zur Einheit und Unteilbarkeit der ČSR ablegt. Nach den Vorstellungen der SVP waren die drei den Staat bildenden Gebiete Böhmen-Mähren-Schlesien, die Slowakei und die Karpatenukraine je mit einer weitgehenden Territorialautonomie auszustatten. Für die Regelung der inneren Angelegenheiten jedes Landes war ein Landtag, für die Slowakei mit dem Sitz in Preßburg, vorgesehen. Dieser slowakische Landtag mit 92 Abgeordneten, nach der für die Nationalversammlung zuständigen Wahlordnung gewählt, sollte nur aus einer Kammer bestehen und für die Landesgesetzgebung verantwortlich sein. Das aktive und passive Wahlrecht wollte die SVP nur den in der Slowakei heimatberechtigten Personen zugestehen. Die Verwaltung des Landes sollte von einer Landesregierung unter einem vom Präsidenten der Republik ernannten Ministerpräsidenten geleitet werden, der — wie alle Regierungsmitglieder — die Heimatberechtigung in der Slowakei nachzuweisen hatte. Die SVP wollte der Landesregierung die Angelegenheit der Verwaltung, der Schule, der Kirche, der Justiz, der Volkswohlfahrt, des Handels, der Landwirtschaft, der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen, die sich auf diese Ressorts bezogen, übertragen. Dem Landtag sollte die Aufsicht und die Entlastung der Landesregierung zustehen. Die Außenpolitik, die Landesverteidigung, Verkehr und Post, Staatsrecht, die Wahl und die Person des Staatspräsidenten und die für diese Aufgabenkreise erforderlichen Finanzen sollten weiterhin allen drei Staatsgebieten gemeinsam bleiben. Die aufgestaute Verbitterung über die politische Einflußlosigkeit der Slowaken in der Zentralregierung machte sich in der Forderung bemerkbar, daß ein Drittel der Minister und der Beschäftigten in den gesamtstaatlichen Ministerien Slowaken sein müßten. Das Recht der Ernennung der Minister und der hohen Staatsbeamten wollte die SVP dem Staatspräsidenten belassen. Die SVP verlangte die Zuteilung von wenigstens einem Fünftel der Sitze im Abgeordnetenhaus (61) und im Senat (32) an slowakische Abgeordnete. Ein aufschiebendes Veto-Recht einer Zweidrittel-Mehrheit der slowakischen Abgeordneten sollte eine tschechische Suprematie bei politischen Entscheidungen verhindern. Als Staatssprache für die Slowakei sollte allein Slowakisch zugelassen sein. Die Kosten für die Verwaltung des Gesamtstaates hoffte die SVP aus Staatssteuern und Monopolen aufzubringen und das Budget für die Slowakei mit slowakischen Steuermitteln (Einkommen- und Kopfsteuer) auszugleichen³⁵.

³⁵ Text des Gesetzentwurfes bei Sidor: Slovenská politika 87 f.

So griff die Volkspartei bei der Gestaltung ihres Programms bewußt auf die Vorbilder zurück, die sich in der österreichisch-ungarischen Monarchie bei der Lösung nationaler Streitfragen bewährt hatten³⁶. Ihr Programm enthielt daneben auch die Autonomierechte, die den Bewohnern der Karpatenukraine im Minoritätenschutzvertrag vom 10. September 1919 zugestanden waren³⁷.

Ihren Autonomie-Anspruch stellte die SVP dann am kompromißlosesten am 3. August 1922 im „Silleiner Memorandum“ heraus. In diesem von Tuka verfaßten Dokument wiederholte sie den Inhalt des „Antrags auf Verfassungsänderung“ vom 27. Januar 1922, verlangte die Einlösung der Versprechungen des „Pittsburger Abkommens“ und wies auf die unbefriedigende Kultur- und Wirtschaftspolitik der Regierung in der Slowakei hin. Tuka schlug vor, die Verwirklichung der Autonomie und des slowakischen Selbstbestimmungsrechtes in einem Zusatzabkommen zum Friedensvertrag von St. Germain zu garantieren. Der SVP war aber mit dem Memorandum weder beim Präsidenten der Republik, noch beim Völkerbund oder der Botschafterkonferenz der Großmächte in Paris ein Erfolg beschieden³⁸. Erst das dank der Mitarbeit der SVP 1927 verabschiedete Gesetz über die Landesselbstverwaltung³⁹ brachte der Volkspartei in einigen Punkten eine Realisierung ihrer Vorschläge, ohne durch seine Bestimmungen dem weitgespannten Konzept nach „nationaler Autonomie“ zu entsprechen⁴⁰.

³⁶ Die meisten der von der SVP aufgestellten Forderungen waren dem Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn aus dem Jahre 1867 entlehnt, einige wenige wurden sogar schon in den speziell slowakischen Programmen von Liptovský Svätý Mikuláš von 1848 und Turčiansky Svätý Martin von 1861 angedeutet. Die Slowakei hätte nach den Vorstellungen der SVP also eine Stellung einnehmen sollen, die ihr staatsrechtlich größere Zugeständnisse als einem Kronland in der Monarchie im Sinne der Verfassung von 1867 gegeben hätte. Einzelheiten bei Hugelmann, Karl G.: Das Nationalitätenrecht des alten Österreich. Wien 1934 und Braunias, Karl: Die Fortentwicklung des altösterreichischen Nationalitätenrechtes nach dem Kriege. Wien 1936/38.

³⁷ Die autonomen Rechte der Ruthenen waren — nach dem Vorbild des ungarischen Volksgesetzes Nr. X vom Jahre 1918 „Über die Autonomie der in Ungarn lebenden ruthenischen Nation“ — in der Verfassung der ČSR vom 29. Februar 1920, Erstes Hauptstück, § 3, Abs. 2 ff. (Nr. 129 SdGuV) garantiert worden. Einzelheiten und Literaturhinweise bei Veiter 151—157. Die Autonomie wurde aber durch eine einfache Regierungsverordnung vom 26. April 1920 aufgehoben; erst durch das Gesetz vom 26. Juni 1937 (Nr. 172 SdGuV) wurde die Karpatenukraine mit beschränkten autonomen Rechten ausgestattet.

³⁸ Das Memorandum war nicht nur gewaltsam antitschechisch in der Argumentation und der Polemik, sondern auch promagyarisch und radikaler als die Schriften der ungarischen Revisionsliga. Als Denkschrift, bei der Hlinka als Verfasser zeichnete, wurde es unter dem Titel *Cri de détresse adressé au monde civilisé par un peuple condamné à mort* von der SVP dem Völkerbund zugestellt, der eine Behandlung jedoch ablehnte (Weitere Einzelheiten und die Begründung bei *Diplomaticus: The Czechs and their Minorities*. London 1939, S. 32). Auch Tuka konnte im Juli 1923 von dem Botschafterrat der Westmächte in Paris keine Stellungnahme zu der Denkschrift erhalten.

³⁹ Nr. 125 SdGuV vom 14. Juli 1927.

⁴⁰ Einzelheiten siehe S. 353.

Nach dem durch die Verurteilung Tukas und den mäßigen Erfolg bei der Wahl im Oktober 1929 bedingten Ausscheiden der SVP aus der Regierung Švehla änderte Hlinka seine politische Konzeption: er stellte nicht mehr grundsätzliche, sondern nur noch „Zeitforderungen“ auf und propagierte eine schrittweise Verwirklichung der Autonomie. Am 28. Januar 1930 nahm der V. Parteitag der SVP einen seit Oktober 1929 angekündigten Entwurf eines „Gesetzes über die Gewährung der Autonomie“ an, der dem neuen Aktionsprogramm der Partei entsprach⁴¹. Stärker als je zuvor stellte die SVP dann in einem Entwurf aus dem Jahre 1934 das Recht der Slowaken auf Selbstbestimmung heraus, beschränkte sich sonst aber auf praktische Vorschläge, die zu einer Normalisierung der Wirtschafts- und Beschäftigungslage führen sollten⁴².

Nationalitätenrecht ist fast immer auch Sprachenrecht. Daher hat die SVP bei allen Versuchen, die nationale Frage durch Gewährung einer Autonomie zu lösen, die Forderung nach Anerkennung des slowakischen Idioms als eigenständiger Sprache und den Anspruch auf ein slowakisches Schul- und Bildungswesen zu einem bestimmenden Politikum erhoben. Die im Sprachengesetz vorhandenen Assimilierungs- und Abwertungstendenzen des Slowakischen gegenüber dem Tschechischen und die Hervorkehrung der Idee einer „tschechoslowakischen Kultur- und Nationaleinheit“⁴³ stießen bei der SVP auf strikte Ablehnung. Die befriedigendste Lösung wäre die gleichberechtigte Verwendung beider Sprachen in gemeinsamen Angelegenheiten und die Bevorzugung von Tschechisch im Westen und Slowakisch im Osten der Repu-

⁴¹ ‚Slovák‘, 6. Oktober 1929. — Der Antrag wurde am 8. Mai 1930 im Parlament eingebracht; er verfiel schon im Initiativausschuss der Ablehnung. Einzelheiten bei Sidor: Slovenská politika 211 ff. — Čulen, Konstantin: Po Svätoplukovi druhá naša hlava [Nach Svätopluk unser zweites Staatsoberhaupt]. Middletown 1947, S. 157. — Hrušovský, František: Die Geschichte der Slowakei. Preßburg 1942, S. 173.

⁴² Diesen Entwurf kennen wir seinem Wortlaut nach nur aus einer Akte des polnischen Außenministeriums, dessen Direktor der Ostabteilung, Kobylanski, ihn mit den anderen Gesetzentwürfen der SVP studiert und kommentiert hatte. Akte Kobylanski/Slowakei. In der uns zugänglichen SVP-Presse finden sich nur zusammenfassende Inhaltsangaben.

⁴³ Nach dem Gesetz vom 10. Dezember 1918 wurde die slowakische Sprache als Amtssprache in der Slowakei festgelegt. In dem Gesetz vom 13. März 1919 hieß es, daß zwar allein der tschechische Text der Gesetzveröffentlichungen maßgeblich sei, die Veröffentlichung aber auch auf Slowakisch und Deutsch zu erfolgen habe. Der Minderheitenschutzvertrag vom 2. 10. 1919 setzte im Art. VII/9 ausdrücklich die tschechische Sprache als Staatssprache fest. Erst im Sprachengesetz innerhalb der Verfassungsurkunde vom 29. Februar 1920 (Nr. 122 SdGuV) hob das Parlament den Widerspruch durch den Begriff einer dem tschechischen und slowakischen Volk gemeinsamen „tschechoslowakischen Sprache“ auf. Sowohl tschechische als auch slowakische Eingaben und Texte galten als in der „tschechoslowakischen Sprache“ verfaßt. Im Ergänzungsgesetz über die Veröffentlichung von Gesetzen vom Dezember 1922 wurde diesem Zustand weiter Rechnung getragen: es bestimmte, daß von nun an die Veröffentlichung der Gesetze in der „tschechoslowakischen Sprache“ zu erfolgen habe, also „entweder auf Tschechisch oder auf Slowakisch“.

blik gewesen. Doch Tschechisch blieb effektiv die Staatssprache. Erst durch das Autonomie-Gesetz vom November 1938 wurde die Sprachenfrage zur Zufriedenheit der Volkspartei gelöst. Vorteilhaft wirkte sich jedoch der Abbau des zwischen den „historischen Ländern“ und der Slowakei bestehenden Kulturgefälles durch eine Neuordnung des Schulwesens und eine Neutralisierung der bisher dominierenden Magyarophilie aus⁴⁴. Hlinka aber befürchtete durch die Säkularisierung der Schulen und die bevorzugte Einstellung tschechischer Lehrkräfte eine Entwicklung, die die Interessen des slowakischen katholischen Nationalismus nicht ausreichend berücksichtigen würde. So bestimmte die Forderung nach der Errichtung slowakischer Konfessionsschulen und der Stellenbesetzung mit slowakischen Lehrern das Programm der SVP bis 1938 entscheidend mit.

Die SVP entwickelte kein eigenes Wirtschaftsprogramm, sie wies die Regierung aber seit 1919 kontinuierlich auf die schlechten Wirtschafts- und Lebensbedingungen in der Slowakei hin. Nur staatliche Subventionen, eine bedeutende Erleichterung der Wirtschaftsbeziehungen zu den Nachbarstaaten, gleichhohe Tarife und Steuern in der Slowakei und in den historischen Ländern hätten die slowakische Industrie vor dem Ruin bewahren können⁴⁵. Doch diese notwendigen Maßnahmen zum Schutz der slowakischen Industrie wurden von der Regierung überhaupt nicht oder zu spät getroffen. Die unbefriedigende wirtschaftliche und soziale Lage der Häusler und Kleinbauern in der Nordslowakei, die das Gros der SVP-Wähler stellten, erforderte durch-

⁴⁴ Zur Bildungspolitik in der Slowakei siehe Statistische Übersicht 12 und *Statistická príručka Slovenska 1948* [Statistisches Handbuch der Slowakei]. Preßburg 1948, S. 254. Weitere Einzelheiten bei Štefánek, Anton: *Zur Soziographie der geistigen Kultur der Slowakei*. Preßburg 1943/44, S. 379 ff.

⁴⁵ Statistiken und Angaben über die Lage der slowakischen Industrie nach dem Ersten Weltkrieg bei Macartney 82 f., 127—133, 190—197. — Diamond, William: *Czechoslovakia Between East and West*. London 1947. — Hassinger, Hugo: *Die Tschechoslowakei. Ein geographisches, politisches und wirtschaftliches Handbuch*. Wien usw. (1925), S. 485—487. — Nowak: *Der künstliche Staat* 195—203. — Wanklyn, Helen: *Czechoslovakia*. London 1954. — Seton-Watson, R. W.: *Slovakia, Then and Now*. London 1931 und die Beiträge über die slowakische Wirtschaft bei Kerner, Robert: *Czechoslovakia*. Berkeley 1949, und Thomson, S. Harrison: *Czechoslovakia in European History*. Princeton 1953².

In der modernen tschechoslowakischen geschichts- und wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird die verfehlte Wirtschaftspolitik der Regierungen während der Ersten Republik als ein Hauptfaktor für das Anwachsen der SVP-Bewegung aufgezeigt und angeprangert. Wir verweisen für eine eingehende Begründung und weitere Literaturangaben auf zahlreiche Aufsätze in den ČČH und HC (SAV) sowie auf Stanek 13—17 und 25—50. — Gosiorovský, Milan: *L'udáctvo po r. 1929* [Die Volkspartei nach 1929]. In: *Proti prežitkom l'udáctva* [Gegen die Überbleibsel der Volkspartei]. Preßburg 1954, S. 42—77 und Kral, Václav: *Die Tschechoslowakei und München. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 7/1 (1959) 29. — Hrozány, H.: *Slovenská mládež v obrane republiky proti fašizmu a vojne* [Die slowakische Jugend bei der Verteidigung der Republik gegen Faschismus und Krieg]. Preßburg 1956.

greifende Agrarreformen⁴⁶. Höhere Kinderzulagen für kinderreiche Familien, verstärkte staatliche Gesundheitsfürsorge, eine Verbesserung der hygienischen Einrichtungen auf dem Dorf, die Bereitstellung von öffentlichen Arbeiten als Nebenverdienstmöglichkeit für die Bauern und die Erschließung von Kulturland rundeten die Forderungen der SVP auf sozialem Gebiet ab.

Das Programm der SVP war eigentlich weder originell noch ehrgeizig. Die Autonomisten wollten nur, wie es Hlinka auszudrücken pflegte, „Herr im eigenen Haus“ sein. Aus dieser Einstellung erwuchs auch das häufig von der Partei gebrauchte Schlagwort, die Tschechen sollten „die Slowakei den Slowaken“ überlassen und ihnen im innerstaatlichen Bereich eine eigenständige Entwicklung zusichern. So führte das Programm in der Hauptsache konkrete Beschwerdepunkte an, von deren Bereinigung sich die SVP eine allgemeine Besserstellung des von ihr vertretenen katholischen Volksteils erhoffte. Die Gewährung einer Autonomie auf kulturellem und religiösem Gebiet hätte die Volkspartei — bei bescheidenen Konzessionen im politischen und wirtschaftlichen Bereich — auf längere Zeit zufriedenstellen können. Anmaßend gebärdete sich die SVP nur in ihrem Anspruch, der alleinige rechtmäßige Sprecher der slowakischen Nation zu sein. Doch die verständnislose Slowakei-Politik der tschechoslowakischen Regierungen war nicht geeignet, die SVP zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zu veranlassen. Sie trieb die Volkspartei in eine echte politische Opposition, die während der Staatskrise im Jahre 1938 durch die vollständige Erfüllung des politischen und nationalen Programms der SVP zwar abgebaut, aber nicht mehr beseitigt werden konnte.

Der SVP gelang es zwar nie, bei den Landesversammlungs- oder Parlamentswahlen die absolute Mehrheit der slowakischen Stimmen auf ihr Programm zu vereinen, sie besaß aber einen starken Rückhalt im slowakischen Volk. Zwei Wählergruppen fühlten sich der Partei besonders verbunden. Einmal standen die wenig gebildeten Häusler und Kleinbauern der Nord- und Mittelslowakei zu der SVP, dann auch, besonders nach 1930, die katholische Bürgerschaft der Klein- und Mittelstädte. Ihre hochgespannten Erwartungen, die sie — besonders auf wirtschaftlichem Gebiet — in die Republik gesetzt hatten, waren nicht in Erfüllung gegangen. Enttäuscht schlossen sie sich der Partei an, die ihnen ein politisches Mitspracherecht in Landesangelegenheiten und eine wirtschaftliche Besserstellung versprach, wenn die „Slowakei nicht mehr wie eine Kolonie von den Tschechen ausgebeutet wird“⁴⁷. Der bis zum Jahr 1928 anhaltende wirtschaftliche Aufschwung der Republik, der Eintritt in die Regierung, der Zweifel an der Glaubwürdigkeit des autonomen Programms aufkommen ließ, und schließlich die Verurteilung Tukas wegen Hochverrats machten die SVP in den Augen zahlreicher Wähler suspekt. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise, die in der Slowakei besonders lang zu

⁴⁶ Die Slowakei war ihrem Charakter nach ein Agrarland und blieb es auch während der Ersten Republik. 1921 lebten immer noch 60,6% der slowakischen Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft.

⁴⁷ Hlinka auf einer Wahlversammlung am 7. November 1925 in Nitra, „Slovák“, 9. November 1925.

spüren waren, und die Neuausrichtung des SVP-Programmes sicherten der Partei bis zum Jahre 1935 wieder die Unterstützung dieser Wählerschichten.

Auch die jungen slowakischen Intellektuellen zeigten sich dem nationalen Programm der SVP nach 1930 stärker aufgeschlossen⁴⁸. Oft fehlten ihnen konkrete Vorstellungen, was sie sich unter einer „autonomen Slowakei“ vorzustellen hatten: als überzeugte Nationalisten wollten sie vor allem über das Schicksal ihres Landes selbst entscheiden. Die radikalen Parolen der Tuka-schüler um den ‚Nástup‘ fesselten ihre Phantasie. Für sie wurde das Sendungsbewußtsein, mit der Ausrufung der staatlichen Souveränität die „Rettung des slowakischen Volkes“ einzuleiten, zum bestimmenden Faktor ihrer politischen Anschauungen.

Die SVP konnte zwischen 1920 und 1935 ihren Stimmenanteil bei den Wahlen zwar verdoppeln, sie erreichte aber nie mehr als 32% der in der Slowakei abgegebenen Wählerstimmen⁴⁹. Es besteht aber kaum ein Zweifel darüber, daß seit Jahresbeginn 1938 die Mehrheit des slowakischen Volkes die Hauptpunkte des SVP-Programmes — Selbstverwaltung für die Slowakei und eine weite kulturelle Autonomie — für berechtigt hielt und befürwortete⁵⁰. Die Agrarier, die Sozialdemokraten und die zentralistisch ausgerichteten slowakischen Sektionen der tschechoslowakischen Parteien konnten zwar gemeinsam die Mehrzahl der slowakischen Stimmen auf sich vereinen, doch war und blieb die SVP bis 1938 die stärkste slowakische Einzelpartei.

Ein endgültiges Urteil, ob nun die autonomistische oder die zentralistische Richtung in der Slowakei an Boden gewannen, läßt sich auch bei einem Vergleich der Wahlergebnisse nicht fällen. Zu viele Imponderabilien bedürfen einer Berücksichtigung⁵¹. Durch die geschickte Handhabung bei der Stellenbesetzung, durch eine weitgehende Kontrolle über die Körperschaften der lokalen Selbstverwaltung, durch eine kleinliche Pressezensur und Polizeiüberwachung verstand die Zentralregierung die Ausweitung des Einflusses der SVP einzudämmen. So wenig sich aus den Wahlergebnissen der Rückgang des Magyaronentums oder das Anwachsen der Tschechophilie bei

⁴⁸ Nach einer Schätzung von Macartney 146 waren um 1930 etwa ein Drittel der slowakischen Jugend zentralistisch, zwei Drittel autonomistisch eingestellt. Bei einer konfessionellen Aufteilung standen etwa 80% der Protestanten im zentralistischen Lager.

⁴⁹ Die Partei erzielte bei den Parlamentswahlen von 1920 21% = 235 389 Stimmen; 1925: 489 111 = 32%; 1929: 425 052 = 28% und 1935: 489 636 = 30% (der Autonomistische Block 564 273 = 35%). Das Tief ihrer Popularität erreichte die SVP bei der Wahl zur Ländervertretung von 1928, wo sie nur 325 588 Stimmen erhielt, 92 000 Stimmen weniger als bei der Wahl zur Landesvertretung im Herbst 1923 und 163 523 Stimmen weniger als bei den Parlamentswahlen von 1925. Angaben nach Statistische Übersicht 267. — Hoch, Charles: The Political Parties in Czechoslovakia. Prag 1936, S. 21 und Anhang. — Macartney 118 und 145ff.

⁵⁰ Der sozialdemokratische Spitzenfunktionär Michal Korman erklärte 1947 beim Tiso-Prozeß, nach 1935 hätten etwa 50–52% der slowakischen Bevölkerung die Autonomie gewünscht. Tiso: Wahrheit 110.

⁵¹ Vgl. die Überlegungen Macartneys 144 und die Auswertung der Wahlergebnisse durch die SVP im ‚Slovák‘ vom 3. April 1938.

den Slowaken herauslesen lassen, so wenig bedeuteten die Wahlen eine klare Abstimmung des Zentralismus gegen den Autonomismus. Wir vertreten die Auffassung, daß nach 1935 die Mehrheit der Slowaken eine weitgehende kulturelle und politische Autonomie ihres Landes begrüßt und verantwortungsvoll ausgebaut hätte. An der Kurzsichtigkeit der Staatspräsidenten Masaryk und Beneš scheiterte jedoch die rechtzeitige innenpolitische Befriedigung der Slowakei. Durch den Unverstand der Gegner wurde aus der Autonomie-Politik der SVP bald eine „Souveränitäts-Politik“ der germanophilen „Radikalen“, an der die ČSR zerbrechen sollte.

Die ideologischen Grundlagen des SVP-Programms

Katholizismus und Nationalismus, von Hlinka in der Phrase „Für Gott und die Nation“ zusammengefaßt⁵², bildeten die beiden wichtigsten Komponenten bei der ideologischen Begründung des SVP-Programms. Es blieb den Partei-Ideologen überlassen, den religiösen und den nationalen Aspekt zu einer Einheit zu verschmelzen, um dem Programm der SVP auch die nötige weltanschauliche Basis zu geben. In dieser „Ideologie“ lassen sich jedoch markante Unterschiede in der Beurteilung der beiden Hauptbestandteile nachweisen. Tiso, der Vertreter des gemäßigten Parteiflügels, entwickelte etwas unorthodox und oft unlogisch einen katholischen Konservatismus in der Staats- und Gesellschaftslehre, Tuka dagegen baute seine Ideen auf einen aggressiven Nationalismus und auf eine Ablehnung der parlamentarischen Demokratie auf. In der Auseinandersetzung des radikalen mit dem gemäßigten Flügel um den bestimmenden Einfluß auf die Führungsgremien der SVP ging es letztlich darum, welche der beiden Interpretationen als offizielle Partei-Ideologie herangezogen werden würde.

Es sind nicht so sehr einzelne Definitionen, sondern die gesamte Denkweise, die Art, politischen Vorgängen eine tiefere Rechtfertigung zu geben, die den Priester Dr. Jozef Tiso zum Repräsentanten der ideologischen Anschauungen des konservativen Flügels gemacht haben⁵³.

⁵² Hlinka hatte ursprünglich das Motto „Für Gott, Nation und Staat“ (Za Boha, za národ, za štát) über das Impressum im ‚Slovák‘ gesetzt. Nach Ausbruch des Konflikts mit der Regierung im Jahre 1919 veranlaßte er die Änderung in „Für Gott und die Nation“.

⁵³ Der am 13. Oktober 1887 in Velká-Bytča geborene Tiso entstammte einfachen Verhältnissen. Nach dem Studium der Theologie in Budapest und Wien (als Zögling des Pazmaneums) erhielt er 1910 seine Weihen, ein Jahr später wurde er zum Doktor promoviert. Über die Gemeindepolitik in Nitra kam er 1920 zur SVP; 1925 zog er als Abgeordneter in das Prager Parlament ein. Seinem Einfluß war der Eintritt der SVP in die Regierung 1927 zuzuschreiben, er wurde dafür mit dem Ministerium für Gesundheits- und Sozialfürsorge belohnt. Nach dem Ausscheiden Jurigas im Jahre 1929 rückte Tiso zum wahren Führer des konservativen Parteiflügels auf; 1930 akzeptierte ihn Hlinka als stellvertretenden Parteivorsitzenden. Im gleichen Jahr veröffentlichte Tiso eine kleine Broschüre, *Ideológia slovenskej ľudovej strany* [Die Ideologie der Slowakischen Volkspartei], in der er die Ideenlehre seiner Partei geschlossen niederlegte. Von da an galt

Um in Tisos Gedankenwelt eindringen und sie gerecht würdigen zu können, müßte der Beurteiler eigentlich katholischer Moraltheologe sein. Tiso war kein Systematiker — er änderte seine Grundkonzeption oft ab und paßte sie den politischen Erfordernissen der Stunde an. Für Tiso bedeutete diese Adaptabilität keinen Widerspruch, sie war vielmehr die praktische Anwendung jedweder Ideologie. Dabei war er sicher kein origineller oder besonders schöpferischer Denker, aber von seinem Katholizismus und Konservatismus ehrlich und aufrichtig überzeugt. Tiso gründete geistig auf der scholastischen Philosophie des Mittelalters, auf der Neuscholastik und den Naturalisten der Aufklärungszeit; auch Herder und der romantische Nationalismus beeinflussten seine Begriffswelt. Der katholische Moraltheologe Schindler, sowohl der Lehrer Tisos als auch Ignaz Seipels am Pazmaneum in Wien, vermittelte dem jungen Priester eine eigenartige „christliche Nationalstaatsdoktrin“ und Ständestaatslehre, die Tiso vor allem während der Epoche der slowakischen „Selbständigkeit“ vertrat⁵⁴. Manchmal legte er zwar ein Lippenbekenntnis zu den Idealen des Liberalismus ab und pries die Unabhängigkeit der nationalen Staaten, die Ideale der Französischen Revolution und die individuellen Freiheiten des einzelnen in der Gesellschaft, doch traten sie seinen nationalistischen Vorstellungen gegenüber in den Hintergrund. Praktisch folgte er den sicheren und leicht faßbaren Lehren des romantischen Nationalismus. Um eine Rechtfertigung für einen „slowakischen Nationalismus“ zu finden und das Selbstvertrauen seiner Landsleute zu heben, baute Tiso eine eigenartige „Geschichtsideologie“ auf: den Vorstellungen der „Alten von Turčiansky Svätý Martin“ um Hurban-Vajanský folgend⁵⁵, wies er den Slowaken die

er als der ‚Chefideologe‘, der auf den Parteitage die Grundsatzreferate übernahm und durch seine journalistische Tätigkeit die Meinungsbildung in der Slowakei entscheidend mitbestimmte. Seit 1936 wurde sein Einfluß auf Hlinka stetig von den ‚Nástupisten‘ und Sidor eingeengt. Die ideologische Radikalisierung der Partei nach 1939 machte er selbst nicht aktiv, aber an führender Stelle mit; eine wirk-same Kontrolle über Tuka und seine Gefolgsleute konnte er weder als Minister-noch als Staatspräsident ausüben. Außer der Broschüre *Ideológia slovenskej ľudovej strany*. Preßburg 1930, dienten uns Tisos im ‚Slovák‘ veröffentlichte Artikel und Referate zur kurzen Zusammenfassung seiner Anschauungen. — Štefan Polakovič hob in seinen Arbeiten: *Tisova náuka*; *Z Tisovho boja* [Aus Tisos Kampf], beide Preßburg 1941, und *K základom slovenského štátu* [Über die Grundlagen des slowakischen Staates]. Turčiansky Svätý Martin 1939, die Grund-züge von Tisos ideologischen Anschauungen hervor. In seiner Verteidigungsrede vor dem Nationalgerichtshof in Preßburg am 17./18. März 1947 legte Tiso noch-mals, etwas alibistisch, verworren und idealisiert, seine politischen Vorstellungen dar. Auch Čulen setzte sich in seiner Tiso-Biographie: *Po Svätoplukovi . . .* mit diesem Themenkreis auseinander. In Preßburg erschien 1955 eine Studie von Sirácky, Andrej: *Klerofašistická ideológia ľudáctva* [Die klerikal-faschistische Ideologie der Volksparteiler], die auch manches Interessante zu diesem Thema enthält. In den meisten Werken der modernen slowakischen Geschichtsliteratur finden sich — allgemein wenig brauchbare — Kapitel über die Ideologie der SVP.
⁵⁴ Vgl. Tisos Grundsatz-Artikel in den *Organizačné zvesti HSL'S*, Jg. 1—5 (1941—1945).

⁵⁵ Das Fehlschlagen der slowakischen politischen Programme von 1848 und 1861 und ein zunehmender Druck der ungarischen Regierung nach 1867, der die Ent-

sprachliche und geographische Mittelstellung im Slawentum zu. Die kurze Zeit der staatlichen Selbständigkeit unter den Königen Svatopluk und Mojmir II. im Großmährischen Reich des 9. Jahrhunderts wertete Tiso als den bisherigen Höhepunkt der slowakischen Geschichte⁵⁶. Tiso schwärmte für eine Restauration der mittelalterlich-hierarchischen Ordnung unter dem Einfluß einer starken, streng autoritären römisch-katholischen Kirche. Er verkündete auch, der slowakischen Nation sei im göttlichen Schöpfungsplan eine besondere Rolle zugewiesen worden: sie sollte Träger und Vorkämpfer einer Wiedererneuerung des „reinen Slawentums“ auf politischem, sittlichem, religiösem und kulturellem Gebiet werden. Bevor das slowakische Volk aber diese Sendung erfüllen konnte, mußte es zuerst selbst als „Nation“ anerkannt werden und sich einer inneren Ausrichtung nach der katholisch-christlichen Lehre in der Tradition der Väter unterwerfen. Das Vermächtnis der Geschichte für die Zukunft der slowakischen Nation war in Tisos Auffassung ja gerade diese Ausrichtung des nationalen Lebens nach den Grundsätzen der katholischen Gesellschaftslehre. Der Katholizismus mußte sich darum auch in den Dienst dieser Nation stellen, „damit er durch seine bewährte Praxis alle Werte bewahre, die das Volk zu seinem Leben braucht“⁵⁷. Der slowakische Nationalismus konnte also nur in der Symbiose mit dem Katholizismus seine gesamtslawische Auffassung erfüllen⁵⁸.

Tiso stellte sich, da die Begriffe „Staat“ (in der Form des tschechoslowakischen) und (slowakische) „Nation/Volk“ für die Slowaken einen Gegensatz bildeten, gegen die These des Positivismus, der Staat sei mehr als das Volk. Nach seiner Auffassung, die er durch das Naturrecht und die päpstlichen Enzykliken bestätigt glaubte, nahm das Volk in der Gesamtheit die höchste

nationalisierung und Magyarisierung der Slowaken beschleunigen sollte, öffneten einer politischen Passivität und zugleich einer allslawischen Romantik die Tore. Der Apostel dieser Richtung wurde der nationale Dichter Svetozár Hurban-Vajanský, der aus den Händen des Zaren die Rettung der Slowakei erwartete.

⁵⁶ Die SVP scheute keine Mühe, die Kontinuität zwischen dem Großmährischen Reich und dem souveränen slowakischen Staat nachzuweisen, obwohl mehr als ein Jahrtausend dazwischen lag. Vgl. Polakovič: Slovenský národný socializmus, Teil 6. — Čulen stellte seine große Tiso-Biographie bewußt unter den Titel: Nach Svatopluk unser zweites Staatsoberhaupt.

⁵⁷ Tiso bei der Eröffnung des Wintersemesters 1938/39 in Preßburg. ‚Slovák‘, 15. November 1938.

⁵⁸ Polakovič: Tisova náuka 283—297.

Tiso erklärte am 2. Februar 1939 vor „Svoradov“-Studenten in Preßburg: „Der slowakische Nationalismus darf sich nicht gegen den Katholizismus wenden, denn eine Abkehr vom Katholizismus kommt einer Trennung des Baumes von seiner Wurzel gleich, bedeutet also den Tod, und zwar deshalb, weil dies eine Abkehr der Nation von ihrer Geschichte wäre.“ ‚Slovák‘, 3. Februar 1939.

Von seiner Studienzeit her war Tiso genau mit der Ideologie der einflußreichen christlich-sozialen Partei des Bürgermeisters von Wien, Dr. Karl Lueger, vertraut. Wir gehen in der Annahme sicher nicht fehl, daß Tiso die Anregung für seine autoritäre und katholisch betonte Politik, die er ja später auch mit einem gemäßigten Anti-Semitismus verbrämte, aus dieser Quelle zog. Vgl. Polakovič: Tisova náuka 103—188. — ‚Slovák‘, Jg. 1933, Nr. 51, 67, 77, 105, 107, 149, 162, 197, 207, 277 etc. — Čulen: Po Svatoplukovi 432 f. und Tiso: Wahrheit 92 f.

Stellung ein⁵⁹. In diesem System verlor der einzelne seine einmalige Bedeutung, er gewann sie als Volksglied erst durch seine Zugehörigkeit zu der Familie, zur Sippe, seinem Stamm und schließlich in der Sprach-, Kultur- und Glaubensgemeinschaft seines Volkes wieder. Der Universalismus des katholischen Glaubens verband dann die einzelnen Nationen zu einer unlösbaren, geistig-religiösen und politischen Einheit⁶⁰. Eine Synthese der nationalen Individualitäten mit dem katholischen Universalismus würde, nach Tiso, nicht nur die Rettung der einzelnen Nation bedeuten: sie würde auch die Verwirklichung jenes neuen Typus des Nationalismus garantieren, der in ethnographisch gemischten Gebieten die unerläßliche Bedingung für das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten sei.

Das Konzept, das Tiso verfolgte, sah nicht einen Rückfall in den Panslawismus des 19. Jahrhunderts vor. Wir dürfen aber vermuten, daß Tiso die Gründung eines katholisch-westslawischen Blockes befürwortete, in dem sich die Polen, die Slowaken, die Kroaten und unter Umständen auch die nichtslawischen Ungarn zur Verteidigung der katholischen und der slawisch-nationalen Interessen zusammenschließen sollten. Nur durch diesen Block glaubte Tiso ein weiteres Vordringen der den Bestand dieser Völker gefährdenden Ideologien des „sowjetisch-tschechischen Kommunismus“ oder des Faschismus und Nationalsozialismus verhindern zu können⁶¹.

⁵⁹ Vgl. Tiso: Wahrheit 60—62, 175 und Tiso: Ideológia 2f. — Sirácky 31ff.

⁶⁰ Tiso griff hier ganz eindeutig auf die in den zwanziger Jahren einflußreiche Ständestaatstheorie des Österreicher Othmar Spann zurück. Er konstruierte zwar auch eine organisch gewachsene, universalistisch-ständische Gesellschaftsordnung, sah aber im Volkstum nicht nur eine geistige Gemeinschaft, die Einheit aller Gruppen bestimmten Stufenwertes, sondern verankerte sie — wie im Positivismus — in den objektiven Werten von Abstammung, dem gemeinsamen Siedlungsgebiet und einem gemeinsamen historischen Schicksal.

Nach 1939 versuchte Tiso, seine Ideen praktisch zu verwirklichen und den slowakischen Staat als Ständestaat zu organisieren. Er rechtfertigte die Notwendigkeit der Abschaffung gewisser demokratischer Grundrechte, des Verbots jeder Partei außer der Einheitspartei und die Stärkung der Autorität der Staatsgewalt — für uns unverständlich — mit der Forderung des Naturrechts und der katholischen Soziallehre (wie sie in den Enzykliken „Rerum Novarum“ und „Quadragesimo Anno“ niedergelegt war). Zuerst sollte eine grundlegende Reform des Gemeindeverfassungsrechtes in der Slowakei durchgeführt werden, bei der die einzelnen Bevölkerungsschichten nicht nur nach ihrer Zahl, sondern auch nach ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und öffentlichen Bedeutung vertreten sein sollten (Tiso am 21. Februar 1939 vor dem slowakischen Landtag, nach Snem. Slov. Kraj. 1939 I vol. obd. I, zased. Tesnopisecká správa o. z. schôdzke Snem. Slov. Kraj. v Bratislave v dňoch 21., 22. a 23. febr. 1939). Für einen späteren Zeitpunkt sah er dann die Aufhebung des demokratischen Prinzips zugunsten einer wertmäßigen Staffelung, also einer ständischen Gliederung, vor. Während Tisos Ständestaatsgedanke seiner konservativen katholischen Einstellung entsprang, wurde nach 1939 der Begriff „Ständestaat“ im programmatischen Sinne von den „Radikalen“ um Tuka bewußt zur Tarnung von anti-demokratischen und anti-liberalen Tendenzen gebraucht, die darauf hinausliefen, die parlamentarische Demokratie abzuschaffen.

⁶¹ In der SVP zeigte sich besonders Karol Sidor solchen Gedankengängen aufgeschlossen. Ihm gelang es auch, Hlinka nach 1935 für diese Pläne zu gewinnen. Hlinka hatte sich schon 1926 über die Teilnahme deutscher Parteien an der Re-

Als das höchste Ziel seiner politischen Arbeit gab Tiso zuerst „die Ehre Gottes und dann das Wohl des (slowakischen) Volkes“ an. Sein Nationalismus, sein Interesse, „dem Volk zu seinem Vorteil zu verhelfen und das Wohl des Volkes zu unterstützen“, entsprang als „logische Konsequenz“ der christlichen Lehre⁶². Das Naturrecht, dessen „Wortträger die päpstlichen Enzykliken“ seien, bezeichnete Tiso als den Ausgangspunkt seiner politischen und ideologischen Anschauungen, als „die Quelle, aus der hier alles fließt“⁶³.

Dieses „Naturrecht“, dessen politischer Inhalt sich bei Tiso im großen und ganzen mit dem von Wilson verkündeten Selbstbestimmungsrecht der Völker deckt, bedeutete „das natürliche Recht der slowakischen Nation, über ihre staatliche Zukunft selbst zu entscheiden“⁶⁴. Auf Grund des Naturrechts nahm Tiso an, „daß es für das slowakische Volk besser sei, in einem Staatsverband mit der tschechischen Brudernation als mit einer nichtslowakischen (= ungarischen) Nation im fremden Staat zu leben“⁶⁵. Den Höhepunkt der nationalen

gierung tief beunruhigt gezeigt. 1933 brachte er eine „slowakische Opposition gegen die tschechisch-deutsche Regierung“ zusammen (vgl. ‚Slovák‘ vom 18. August 1933), in der sich die SVP, die SNP, die nationale Faschistengemeinde, die Radikalen Nationaldemokraten und die Nationale Liga für die Verteidigung des Slowakentums zusammenschlossen. 1937 erklärte Hlinka bei einem Besuch in Polen, er sei ein bewußter Panslawist und wäre es auch immer gewesen (vgl. Nowak, Robert: Die Zukunft der Slowakei. Zeitschrift für Geopolitik 15 (1938) 791. — Völkischer Beobachter 18. und 19. August 1937). In Polen fanden die Vorstellungen Sidors im Außenministerium (Direktor Kobylanski) und im „Verein der Freunde der Slowakei L'udovit Štúr“ um den Senator General Gwiźdź und den Abgeordneten Oberst Walewski Widerhall; die Slowakei-Politik der polnischen Regierung 1938/39 war mit von diesen Überlegungen bestimmt. Auch Verbindungen der SVP, besonders von Mach, zu den kroatischen Autonomisten um Pavelić, lassen sich nachweisen.

⁶² Tiso setzte vereinfachend die Begriffe „christliche Lehre“ und „Sittenlehre“ gleich (Tiso: Wahrheit 101, 105—110, 142). Der christlichen Lehre entnahm er auch die Definition staatsrechtlicher Begriffe, „da auch die christliche Lehre aus dem gleichen Naturrecht schöpft, in dem auch die solide Staatswissenschaft fußt!“ (Tiso: Wahrheit 108 f.: „Die christliche Lehre war für mich ein Vermittler des Naturgesetzes.“)

⁶³ Tiso: Wahrheit 142. — Tiso sprach nur allgemein von den „päpstlichen Enzykliken“, ohne sie genau zu identifizieren. Die Sozialenzykliken Leos XIII. und Pius' XI. (Rerum Novarum, 1891, und Quadragesimo Anno, 1931) übten wohl den größten Einfluß auf seine Anschauungen aus. Darauf lassen Tisos Hinweise auf eine berufsständische Ordnung, auf die Stände, die die Wirtschaftspolitik als öffentliche Funktion in Selbstverwaltung wahrnehmen sollen, auf den Familienlohn und weitere soziale Forderungen schließen. Er leitete auch die Begründung für das „Völkische“ — den nationalen Programmpunkt der SVP — aus den Enzykliken ab (vgl. Wahrheit 143). Da aber Tiso außerdem in den Enzykliken die Rechtfertigung für die Aufhebung der demokratischen Grundrechte, für die Errichtung von Konzentrationslagern und sogar für einen maßvollen Anti-Semitismus fand (vgl. Wahrheit 143 f., 170 ff.), gab es für ihn wohl kein Gebiet, auf dem sie nicht angewandt werden konnten.

⁶⁴ Tiso: Ideológia 2 und Polakovič: Tisova náuka 7—101. — Bei Tiso bedeuteten, auf Herders Volksbegriff zurückgehend, „Nation“ und „national“ zunächst einmal die Zusammengehörigkeit von Sprache und Kultur.

⁶⁵ Tiso: Wahrheit 107.

Entwicklung sollte das slowakische Volk einmal in der Selbständigkeit, in einem auf Tradition und Sitte aufgebauten Nationalstaat erreichen. Tiso hegte keinen Zweifel, daß die Slowaken sowohl die objektiven als auch die subjektiven Voraussetzungen für die Anerkennung als eigenständige und selbstbewußte Nation erfüllten. Solange aber die wirtschaftliche Schwäche so offenbar war, sollte die Slowakei erst nach der Verbesserung ihres Wirtschaftsvolumens aus dem föderativen Verband der ČSR in die Eigenstaatlichkeit geführt werden⁶⁶.

Das autonomistische Programm, in dem Tiso „die klare Erfüllung des Naturgesetzes erblickte, . . . wollte dem slowakischen Volk seine Individualität und seine Freiheit in der Lenkung seiner eigenen Geschicke sichern, damit seine weitere kulturelle, soziale und wirtschaftliche Entwicklung durch nichts und niemanden gehemmt werde“⁶⁷.

In der Verwirklichung der Autonomie sah Tiso nur eine Methode zur vorläufig gerechteren Aufteilung der Staatsmacht. Er bekämpfte beharrlich das nationalstaatliche Dogma der ČSR und bediente sich dabei der Argumente, die die politischen Denker des österreichischen Deutschtums schon in den letzten Jahren der Monarchie herangezogen hatten, um die Relativität der Nationalstaatsdoktrin nachzuweisen⁶⁸. In Tisos Anschauung erscheint der tschechoslowakische Staat nur als eine über den Sonderinteressen der Nationalitäten stehende Größe eigenen Rechts.

Die Legitimität zur Verbreitung des Autonomie-Anspruches des ganzen slowakischen Volkes gegenüber der Zentralregierung glaubte Tiso aus der Tatsache ableiten zu können, daß die SVP die einzige slowakisch-nationale und wahre „Volks“-Vertretung sei. Da die Autonomie ja nur im besten Interesse der slowakischen Nation liege, sei es Aufgabe der Partei, zu ihrer Verwirklichung beizutragen, auch wenn die Mehrzahl der slowakischen Wähler der SVP dazu vorerst noch nicht das Mandat erteilt hätten. Das Fehlen einer klaren Stimmenmehrheit für das Autonomie-Programm suchte Tiso mit dem Hinweis zu bagatellisieren, daß die Mehrzahl der Slowaken auch nicht für eine zentralistische „tschechoslowakische“ Ausrichtung eintreten würden⁶⁹. Mit einem verstärkten politischen „Aktivismus“ wollte Tiso die noch

⁶⁶ Tiso: Wahrheit 60—63 und Sirácky 16—22.

⁶⁷ Tiso: Wahrheit 109.

⁶⁸ Tiso kannte auch die sozialistischen Theoretiker der Nationalstaatsdoktrin, Otto Bauer und Karl Renner; seine Anschauungen waren aber eindeutig von Ignaz Seipels Buch: Nation und Staat. Wien 1915, beeinflusst. Wie die katholischen Staatsrechtler Österreichs ging Tiso von der traditionellen Definition des Staates als des Förderers des Gemeinwohls aus. Die Hauptaufgabe des Staates bestand nach Tiso (und Seipel) in der umfassenden Förderung aller seiner Staatsangehörigen, aber auch der korporativen Größen, zu denen z. B. die Volksstämme zu rechnen waren.

⁶⁹ Tiso wies mit einigem Recht darauf hin, daß die Wahlen nicht unter der Parole „Selbstbestimmungsrecht“ gegen „Zentralismus“ ausgefochten wurden. Es waren auch materielle Vorteile zu gewinnen, wenn man für die „tschechoslowakischen“ Parteien, besonders für die immer in der Regierung vertretenen Agrarier stimmte. Vgl. „Slovák“, 11. September 1935.

Fernstehenden für das Autonomie-Programm begeistern und gewinnen⁷⁰. Den vorläufigen Mißerfolg im Ringen um die Autonomie schrieb Tiso allein der Uneinigkeit des in viele Parteien gespaltenen slowakischen Volkes zu. So bedurfte es zuerst einer Einigung aller politischen Kräfte, um „mit einem geeinten Volk einen gemeinsamen politischen Vormarsch zur Erringung der slowakischen Rechte antreten zu können“⁷¹. Tiso setzte sich deshalb entschieden für eine „Blockbildung“ ein, die dem Autonomie-Programm bessere Erfolgsaussichten und eine größere Legitimität gegeben hätte. Seine Bemühungen zeigten erst im November 1938 bei der Bildung der autoritären Einheitsfront einen größeren Erfolg⁷². An der strengen Beachtung der Legalität wollte Tiso auf jeden Fall festhalten und eine Verwirklichung der Autonomie nur in Übereinstimmung mit den Gesetzen der Verfassung erreichen⁷³.

Tiso hat sich nach dem Kriege heftig dagegen verwahrt, daß die von ihm entwickelten ideologischen Grundlagen des SVP-Programms von außen — besonders durch den Faschismus und Nationalsozialismus — beeinflusst worden seien⁷⁴. In manchen Passagen seiner ideologischen Vorstellungen lassen sich natürlich Übereinstimmungen mit den Thesen des Faschismus und Nationalsozialismus nachweisen: in der Betonung des Nationalen, im Sozialprogramm, in der politischen Funktion der Organismuslehre, in der Stellung des einzelnen zur Gesellschaft, in der Vergöttlichung des Volkes. Doch diese Parolen fanden nach dem Ersten Weltkrieg beinahe in allen rechtsorientierten Parteien und Staaten Europas Widerhall. Der Hauptunterschied lag wohl in

⁷⁰ Er verstand darunter ein „Bauen der Partei in die Tiefe und in die Breite, ein Ausweiten der Ideologie in grundsätzlicher und taktischer Hinsicht nach den Erfordernissen der christlichen Lehre“. Aktivismus war „die Tätigkeit des starken und friedliebenden Menschen zur Verwirklichung des Erdachten“ (Tiso am 20. April 1933 auf dem 6. Parteitag der SVP in Sillein, ‚Slovák‘, 22. April 1933, und Čulen: Po Svätopleukovi 160 f.). Durch den Aktivismus glaubte Tiso auch ein Mittel gegen den Radikalismus der „Nástupisten“ gefunden zu haben. Die programmatische Forderung nach Aktivismus bestimmte die Erklärungen der SVP bis 1945. Vgl. auch Tiso: Wahrheit 175.

⁷¹ Hrušovský 175. — Vgl. auch Polakovič: Tisova náuka 189—228.

⁷² Über die Versuche, einen „Block“ der katholischen Parteien in der ČSR zu bilden, siehe Hodža 91. — Čulen: Po Svätopleukovi 150 und Klepetář 394.

Mit der protestantischen Slowakischen Nationalpartei arbeitete die SVP seit 1930 lose zusammen, eine Angleichung der Programme wurde 1932 erzielt. Vgl. Hrušovský 175 f. — Čulen: Po Svätopleukovi 158—160. — Lorenz, Franz: Die slowakische Frage. Nation und Staat 6 (1932/33) 704 ff. Nach den Parlamentswahlen von 1935 zerfiel dieser ‚Autonomistische Block‘ wieder, 1937/38 distanzierte sich die Nationalpartei deutlich von der SVP.

⁷³ Vgl. Tisos Referat vor dem Parteitag in Pistyan am 19./20. September 1936, ‚Slovák‘, 21. September 1936. — Čulen: Po Svätopleukovi 507 und Tiso: Wahrheit 127. Tiso lehnte die Haftung der Partei für die illegale Tätigkeit einzelner Mitglieder ab. Die formale Wahrung der äußeren Gesetzmäßigkeit wurde von der SVP allgemein beachtet; es erscheint aber kaum glaubhaft, daß die weitreichenden Verhandlungen von Präsidiums- und Regierungsmitgliedern mit Vertretern ausländischer Mächte, die auf eine Zerschlagung der ČSR hinausliefen, ohne Wissen und Billigung der Parteiführung stattgefunden haben sollen.

⁷⁴ Tiso: Wahrheit 131, 139, 165 und 175.

Tisos verantwortungsbewußter, im Grunde naiver Gläubigkeit, die ihn zurückhielt, je zu totalitären Anschauungen vorzustoßen: in seinen Vorstellungen fehlten die völlige „Erfassung“, die „Gleichschaltung“ des Lebens und Denkens des einzelnen, die Verabsolutierung der Staatsmacht. Die zahlreichen und unbestreitbaren Entlehnungen aus verschiedenen Doktrinen, in die Tiso meistens nur oberflächlich eindrang, beweisen, wie wenig originell er eigentlich dachte. Er und die „Gemäßigten“ der SVP nahmen — ähnlich der nationalen Rechten in Deutschland und Österreich — Zeitströmungen auf, wandelten sie willkürlich, und oft ohne ihre tieferen Zusammenhänge zu begreifen, für ihre speziellen slowakischen Voraussetzungen ab und glaubten in einer romantisierenden Geschichtsideologie und im katholischen Universalismus eine ethische Begründung für ihre Autonomie-Politik gefunden zu haben. Doch die logische Durchdringung des Programms fehlte. Deshalb besaß es auch nur eine geringe Überzeugungskraft und mußte zur Demagogie und einem falschen religiösen Pathos Zuflucht nehmen.

Weit einschneidender als Tiso bestimmte im Prinzip der Vertreter des radikalen Flügels, Dr. Vojtěch Tuka, die ideologische Ausrichtung der SVP. Er formulierte seine Anschauungen schon in den zwanziger Jahren, doch erreichten sie eine größere Wirkung erst nach 1936, als seine Schüler, die „Nástupisten“, ihren Einfluß in den Führungsgremien der Partei systematisch zu steigern verstanden. Nach 1939 fand Tuka im „souveränen slowakischen Staat“ die Möglichkeit, seine politischen Vorstellungen zu konkretisieren und politisch anzuwenden.

Tuka entlehnte seine ideologische Grundkonzeption dem Gedankengut des Faschismus und — nach 1938 — des Nationalsozialismus⁷⁵. Seine aus einem überhitzten Nationalismus geborenen politischen Konzeptionen zeigen in ihrem konsequenten und logischen Aufbau den erfahrenen Juristen. Zur Rechtfertigung seiner Ansichten mußte er nicht wie Tiso zu einer undefinierbaren „christlichen Lehre“, den päpstlichen Enzykliken, dem allumfassenden „Naturrecht“ oder dem „göttlichen Gesetz“ im Sinne Herders Zuflucht nehmen. Die nationalistische Ideologie übernahm Tuka erst, nachdem er sich im Sommer 1921 den katholischen, bürgerlich-agrarischen Kräften der SVP angenähert hatte. Seine ablehnende Haltung gegenüber dem tschechoslowaki-

⁷⁵ Über Tukas politische Anschauungen vor 1939, die für uns hier zur Debatte stehen, geben seine zahlreichen Leitartikel im ‚Slovák‘, die ‚Correspondence Slovaque‘ und sein Rodobranecký katechizmus [Katechismus der Rodobrana]. Preßburg 1928, Aufschluß. In der Zeitschrift ‚Nástup‘ haben seit dem 15. April 1933 Tukas Schüler seine Gedanken weiterverbreitet. Der Tuka-Biograph Ján E. Bor geht in: Vojtech Tuka. Úvod do života a diela [V. T. Eine Einführung in Leben und Werk]. Turčiansky Svätý Martin 1940 und (als Ernest Zafko) in: Dr. Adalbert Tuka. Kämpfer und Staatsmann. Preßburg 1944², nur sehr oberflächlich und idealisierend auf Tukas ideologische Vorstellungen ein. In der modernen slowakischen Literatur finden sich nur verallgemeinernde und verzerrende Darstellungen. Einige brauchbare Hinweise finden sich in den Büchern von Hrozány und Sirácky.

schen Staat entsprang — ähnlich wie bei Hlinka — einer im rein Persönlichen fundierten Abneigung⁷⁶.

Die Grundlage seines Handelns bildete die Konzeption, daß keine Nation ihrer physischen Vernichtung entgehen kann, die nicht einen souveränen Staat mit allen Voraussetzungen eines modernen „totalitären Nationalismus“ ihr eigen nennt. Nach Tukas Auffassung konnten die Slowaken in der ČSR eine Assimilation mit dem wirtschaftlich und bildungsmäßig stärkeren tschechischen Volk nicht vermeiden. Zur Rettung der slowakischen nationalen Eigenart mußte der Bruch rasch herbeigeführt werden und alle Gebiete des staatlichen und kulturellen Lebens umfassen. Tuka fühlte in sich den Ehrgeiz, diesen Schritt zu vollziehen und die Slowakei zu einer „niegeahnten Größe“ emporzureißen.

Ján E. Bor hat in seiner Tuka-Biographie den Einfluß von Sorel und Pareto auf Tuka nachzuweisen versucht. Es steht fest, daß Tuka beide Denker kannte; weit wichtiger wurde aber für ihn das konkrete Beispiel des faschistischen Italien, nach dem er seine Vorstellungen ausrichtete. Die politischen Bestrebungen in den Nachbarländern der Slowakei, die auf die Begründung autoritärer Einparteien-Staaten nationaler Prägung und auf die Ablehnung der liberal-demokratischen und sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung hinausliefen, fanden Tukas volle Billigung.

Tuka ging in seinen Überlegungen davon aus, daß die „Krise der parlamentarischen Demokratie“ auch die ČSR erfaßt habe. Eine amorphe soziale Massendemokratie mit ihrem Parlamentarismus und Parteiismus mache es sich zur Aufgabe, die nationale Entwicklung in der Slowakei zu unterdrücken, das Land wirtschaftlich auszubeuten und das slowakische Volk zwangsweise zu assimilieren. Die Slowaken konnten ihrer physischen Vernichtung nur dann entgehen, wenn sie die Gestaltung ihres politischen Schicksals im eigenen Staat selbst in die Hand nahmen. Als Voraussetzung für diese „Machtübernahme“ hielt Tuka jedoch zuerst die innere Reform, die Ausrichtung der politisch-sozialen Schichten nach einem neuen Strukturprinzip der Gesell-

⁷⁶ Tuka war unter Aberkennung seiner Versorgungsansprüche 1919 von seinem Preßburger Lehrstuhl für internationales Recht entfernt worden. Seiner Verbitterung und seiner affektbetonten Handlungsweise entsprang der Plan, die ČSR zugunsten und mit Hilfe der Nachbarstaaten zu zerschlagen. Erst nach seiner engeren Bindung an die SVP nahm die Absicht, einen souveränen slowakischen Staat in einen Staatenbund mit Ungarn oder Polen einzugliedern, konkrete Formen an.

Das Motiv des persönlichen Hasses darf bei Tuka nicht zu gering bewertet werden. Er war ein leidenschaftlicher Mensch, auch wenn er äußerlich sehr beherrscht schien. Haß und Abscheu gegen das feindliche Prinzip, das er im tschechoslowakischen Staat verkörpert glaubte, wurde von ihm zum sittlichen Verdienst erhoben. Er hat seinem Haß gegen die Tschechen und alles Tschechische schlechthin einen geradezu religiösen Charakter verliehen. Auch der jeweilige politische Gegner wurde zum absoluten Feind, zum Teufel, mit dem er weder Recht noch Richter gemein haben wollte. Mit dem Ausgleich der beiderseitigen Interessen konnte er sich nicht mehr begnügen, sondern nur mit der Vernichtung des Gegners und des von ihm vertretenen Prinzips.

schaft, für notwendig⁷⁷. In einem „organisch“ aufgebauten nationalen Staat sollte dann die „volle Einheit und wechselseitige Abhängigkeit aller Gruppen und Individuen“ zum Ausdruck kommen, die „die Grundbedingung für jede nationale Einheit ist“⁷⁸. In seinem Katechismus für die Rodobrana legte Tuka die Pläne zum Ausbau eines souveränen slowakischen Staates vor. Die Grundgedanken zog er nach 1939 zum Teil — sogar radikalisiert — wieder heran⁷⁹. Über eine militärisch gestraffte und politisch uniforme Ordnung des gesamten gesellschaftlichen Lebens, die die Grundrechte des Individuums aufhob, sollte ein strikt hierarchisch-autoritärer Ordnungs- und Führungsaufbau eine zentralistische Stärkung der Staatsmacht verbürgen. Mit der Einschmelzung aller Volksteile in eine „Volksgemeinschaft“ verband Tuka das Bekenntnis zur konsequenten Verwirklichung des Führerprinzips in allen Bereichen des politischen, sozialen und kulturellen Lebens. Der demokratische Mehrparteienstaat sollte über die Entmachtung des Parlamentarismus durch die Gleichschaltung der Abgeordneten, Lenkung der Wahlen und die Einführung einer ständisch-korporativen Vertretungsordnung zu einem totalitären Einparteienstaat umgewandelt werden. Staat, Nation, Einheitspartei und Regierung waren in Tukas Planung identisch. Die Gleichsetzung von Staat und Partei führte juristisch und organisatorisch zu einer Verwischung der Grenzen zwischen beiden: die obersten Organe der Partei sollten zugleich die obersten Staatsorgane werden. Die Aufgabe der Partei bestand demnach darin, die von der mit diktatorischer Gewalt ausgerüsteten Führungsspitze angestrebte Willenseinheit herzustellen. Tuka ging es nicht um die Durchsetzung des Willens des slowakischen Volkes durch die hierarchischen Willensvereinheitlichungen innerhalb der Partei und durch diese im Staat: einzig und allein der Wille der Führung sollte in der durch die Machtübernahme nach unten sowie durch ökonomische Vorteile befriedigten Partei und durch sie im slowakischen Volk herrschen.

Tuka machte sich schon in den zwanziger Jahren an die Verwirklichung seiner Vorstellungen. Den demokratischen Parteienstaat in der ČSR mit der für alle politischen Gruppen rechtlich gleichen Möglichkeit, ihre Ideen zu propagieren, hielt er für untragbar. Er versuchte, den anarcho-syndikalistischen Traditionen entsprechend, die slowakische „Nation“ gegen den tsche-

⁷⁷ Tuka besaß anfangs keine genauen Vorstellungen, wie dieses Strukturprinzip angeordnet werden sollte, denn er nannte es bald korporativ, bald berufständisch, bald syndikalistisch, immer aber ‚organisch‘ (vgl. Correspondence Slovaque, Nr. 3/1925 und Nr. 1/1926).

⁷⁸ ‚Slovák‘, 23. Februar 1927.

Tuka bemühte sich, über Tiso hinausgehend, den Staat als ein über und unabhängig von den Individuen selbständig existierendes, also als ein von ihren Willensakten losgelöstes Wesen darzustellen. Diese pervertierte Vorstellung sekundierte ihm bei der Verhüllung des totalitären staatlichen Herrschaftsanspruchs.

⁷⁹ Vgl. seine Schriften Slovenský národný socializmus [Der slowakische Nationalsozialismus]. (Preßburg 1940); Slovenský národný socializmus a roľníctvo [Der slowakische Nationalsozialismus und die Bauern]. Preßburg 1941, und Slovenský štát [Der slowakische Staat]. Preßburg 1944.

choslowakischen Staat auszuspielen, indem er Regierung und Staat identifizierte, um diesen Gegensatz taktisch zur Bekämpfung der Regierung und der zentralistischen Parteien zu verwenden. Er prangerte das mangelnde „Nationalbewußtsein“ und die fehlende politische Verantwortung der slowakischen Regierungsparteien an und bemühte sich, sie bei den Wählern in Mißkredit zu bringen⁸⁰. Die SVP bezeichnete er dagegen als die „Verkörperung der slowakischen nationalen Bestrebungen“⁸¹. Daraus leitete er den Anspruch auf die politische Monopolstellung der SVP in der Slowakei ab. Nur die SVP konnte demnach die Neuausrichtung der Gesellschaftsstruktur in Angriff nehmen, die die Voraussetzung für die slowakische nationale Eigenständigkeit bot.

Um die „Wiedergeburt der slowakischen Nation“ einleiten zu können, mußte Tuka jedoch zuerst die SVP in seinem Sinne umformen. Mit dem ‚Slovák‘ war ihm früh ein Organ zur Verkündigung seiner Ideen in die Hand gegeben; als Generalsekretär der SVP unterstand ihm seit 1926 auch der Auf- und Ausbau des Parteiapparates. Tuka nahm Demonstrationen gegen den ‚Slovák‘ zum Anlaß, um schon 1923 eine ihm blind ergebene Elite in seiner „Vaterlandswehr“ (Rodobrana) zusammenzufassen, die, ähnlich den faschistischen Schwarzhemden und der SA, für „einen ungestörten Verlauf der Versammlungen“ Sorge tragen sollte⁸². Die „Rodobranten“, mit der „erhabensten priesterlichen und kriegerischen Tugend“ ausgestattet⁸³, beschworen ihre Bereitschaft, „Gut und Blut für die slowakische Nation, für die slowakische Autonomie und für den katholischen Glauben zu opfern“⁸⁴. Es gelang Tuka, die Rodobrana in kurzer Zeit zu einer „schlagkräftigen“ halb-militärischen Kerntruppe auszubauen, mit der er einen „Marsch auf Preßburg“ und die Übernahme der staatlichen Macht wagen zu können glaubte. Der mißglückte November-Putsch Hitlers 1923 und die Opposition in den eigenen Reihen hielten Tuka dann doch noch von einem Staatsstreichversuch zurück. Die Regierung Švehla sah sich 1927 veranlaßt, die Organisation wegen „Staatsgefährdung“ zu verbieten.

Der kompromißlose Propagandafeldzug Tukas im ‚Slovák‘ gegen Kommunismus, Sozialismus und das tschechische Freidenkertum, gegen jede Form

⁸⁰ Vgl. Tukas Pressekampagne im ‚Slovák‘ vor den Parlamentswahlen 1925 und den Landesvertretungswahlen im Dezember 1928.

⁸¹ ‚Slovák‘, 23. September 1925.

⁸² Hrušovský 165.

Tuka schrieb über seine Schöpfung: „... Das glänzende Beispiel Italiens zeigt uns den Weg. ... Unsere tapfere Rodobrana, die slowakischen Faschisten, brennen vor Enthusiasmus, ihre Muskeln sind mit Selbstsicherheit gestärkt. Sie sind von unserer faschistischen Stärke, unserem Programm und unserer Furchtlosigkeit be-seelt ...“ ‚Slovák‘. Nr. 146, 17. Juli 1926. Vgl. die Aussagen Machs vom 23. April und Tisos vom 8. März 1946 sowie das Referat von Jaroslav Hanka vom 6./14. April 1946 (S. 50–56) im Archiv Ústavu dejín Komunistickej strany Slovenska, „Daxner-Nachlaß“, Tuka-Prozeßakten.

⁸³ Tuka im Vorspruch zum Rodobranecký katechizmus.

⁸⁴ Schwur der Rodobrana am 27. Mai 1927 in Geram Sv. Benedeck, nach Aschenbrenner, Victor: Tschechen und Slowaken. Nation und Staat 2 (1928/29) 395.

des Liberalismus und die Freimaurerei sicherte ihm die Sympathie der kirchlichen und klerikalen Kreise. Der von ihm früh gepredigte Anti-Semitismus, den Tuka zwar nicht mit einer tendenziösen Rassentheorie verbrämte, sondern von wirtschaftlichen Gesichtspunkten her begründete, fand unter den Slowaken weiten Widerhall und übte auch auf gläubige Katholiken eine gewisse Anziehungskraft aus. Tukas Verhältnis zur katholischen Kirche war trotzdem brüchig und zweideutig. Er verstand es immer, sich den Anstrich eines glaubensstrengen Katholiken zu geben und jede Konfliktsmöglichkeit mit der Kirche geschickt zu vermeiden. Der von ihm erdachte nationale Staat sollte jedoch der totalitäre, jede Lebensregung umfassende Staat sein, der um so stärker würde, je schmaler die staatsfreie Sphäre des Individuums blieb. Tuka plante dem Volk die Religion, seiner Elite aber nur das desillusionierende Herrschaftswissen zu erhalten. In der Art des katholischen Paganismus der Action française wollte er zwar die hierarchische Gemeinschaftsform des Katholizismus, nicht aber seine religiöse Norm, seine Autoritätsidee ohne seine Dogmatik übernehmen. Schließlich gedachte er seinen anti-intellektualistischen Intellektualismus mit einem atheistischen Theismus zu krönen.

In Tukas Anschauungen fanden sich — oft nur angedeutet — alle Komponenten, die dem Faschismus und Nationalsozialismus zur ideologischen Begründung ihrer Herrschaft dienten. In der kurzen Spanne der Eigenstaatlichkeit nach 1939 gelang es weder Tuka noch Tiso, ihre Ideen konsequent zu verwirklichen, da sie sich teilweise entgegenarbeiteten. Erst nach einer Verschmelzung ihrer Vorstellungen könnten wir — wie in der kommunistischen Diktion — von einer „klerikal-faschistischen Ideologie“ sprechen⁸⁵. Tukas Pläne einer totalitären Ausgestaltung der Slowakei nach nationalsozialistischem Muster kamen über Ansätze nicht hinaus, weil der konservative Parteiflügel um Tiso als Hemmschuh wirkte. Tuka fehlte zur Verwirklichung seiner Vorstellungen vor allem der Rückhalt im slowakischen Volk, den Tiso besaß. Deswegen gelang es ihm nicht, das Führerprinzip, das allein die Garantie zum Erfolg geboten hätte, in die Tat umzusetzen. Die Frage, ob die Slowakei bei ihrer offenbaren wirtschaftlichen Schwäche und bei der naiv-frommen Ausrichtung der Volksmassen in Friedenszeiten einen totalitären Staatsaufbau hätte tragen können, bleibt unbeantwortet.

Die Slowakei-Politik der Prager Regierungen

Die Eingliederung der Slowakei in den jungen tschechoslowakischen Staat führte zu unerwarteten Komplikationen. Das Fehlen aktiver politischer und kultureller Organisationen, die Misere in der Verwaltung, in den öffentlichen Diensten und im Wirtschaftsleben, vor allem aber der einflußreiche promagyarische und ausgesprochen anti-tschechisch eingestellte Bevölkerungsteil

⁸⁵ Klimeš, Vladimír: *L'udáctvo a Vatikán* [Die Volksparteiler und der Vatikan]. In: *Proti prežitkom l'udáctva* 163 und 170. — Stanek 25, 47/48, 65.

erschwerten schon dem Kabinett Kramář die Übernahme der staatlichen Gewalt. Den damals eingeschlagenen kompromißlosen Zentralisierungskurs behielten die folgenden Regierungen ausnahmslos bei. Er fand nicht die volle Billigung der slowakischen Sektionen der tschechischen Parteien, er wurde aber von den „Regierungsslowaken“ im Interesse des Gesamtstaates unterstützt. Den Autonomie-Forderungen der SVP stellten die „Republikanische Partei des tschechoslowakischen Landvolkes“ (Agrarier)⁸⁶ und die „Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei“⁸⁷ ein Programm entgegen, das den Anspruch auf eine enge politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit der Tschechen und Slowaken im „tschechoslowakischen“ Nationalstaat erhob. Als Wortführer dieser Richtung in der Slowakei galten Milan Hodža und Ivan Dérer. Die kleine Slowakische Nationalpartei (SNP) versuchte, weitgehend autonomistischen Vorstellungen huldigend, in diesem Konflikt zwischen der SVP und den „Regierungsslowaken“ zu vermitteln. Der Kommunistischen Partei, die weder staatsbejahend-zentralistisch noch autonomistisch eingestellt war, gelang es, durch die geschickte Ausnützung des Gegensatzes zwischen Autonomisten und Zentralisten zur drittstärksten politischen Organisation aufzusteigen⁸⁸. Konstruktive Vorstellungen über eine

⁸⁶ Die Agrarier vertraten die Interessen der großen und mittleren Bauern der Süd- und Westslowakei, für die sie soziale Reformen, Subventionen, hohe Preise für landwirtschaftliche Produkte und Schutzzölle verlangten. Den Erfordernissen des ländlichen Proletariats der Erntearbeiter, Kleinhufner und Häusler, die über 70 % des slowakischen Bauernstandes ausmachten, wurde wenig Rechnung getragen. Hodžas Ideal entsprach die Agrardemokratie, die politische Herrschaft der breiten bäuerlichen Massen, die in ihrer Homogenität eine Gewähr für eine wirkliche Gleichheit bildeten. Über Hodžas politische Vorstellungen siehe seine Bücher *Česko-slovenský rozkol* [Die tschecho-slowakische Spaltung]. Wien 1917 und *Federation in Central Europe*. New York 1942 wie auch *Unsere staatlichen Aufgaben*. In: *Die Tschechoslowakische Republik*. Bd. 2. Prag 1937. — Vgl. auch Braunias, Karl: *Der slowakische Nationalismus*. Zeitschrift für Politik 29 (1939) 168—179.

⁸⁷ Die von etwa 10 % der slowakischen Wähler getragenen Sozialdemokraten zeigten sich den Autonomisten gegenüber auch nicht zu den geringsten politischen Zugeständnissen bereit und erhofften von einem strikten Zentralismus und einer vollkommenen kulturellen und nationalen Assimilation der Slowaken im tschechischen Volkstum die Lösung der slowakischen Frage. Die mangelnde Kompromißbereitschaft der Sozialdemokraten war nicht zuletzt für das Scheitern der Regierungspolitik gegenüber der Slowakei verantwortlich.

⁸⁸ In ihrem Programm vom 8./9. Mai 1937 trat die vorher nicht strikt zentralistisch ausgerichtete KP zum ersten Mal mit konstruktiven Lösungsvorschlägen zum slowakischen Dilemma auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturpolitischem Gebiet hervor. Vgl. Filo, Milan: *Boj KSČ na Slovensku za obranu republiky v rokoch 1937—38* [Der Kampf der KPTsch in der Slowakei bei der Verteidigung der Republik in den Jahren 1937—1938]. (Preßburg) 1960, S. 56 f. und *„Rudé právo“*. Nr. 177, 20. Mai 1937.

Die KP fand ihre Wähler hauptsächlich unter den magyarischen Kleinbauern und Landarbeitern; in der Umgebung von Preßburg, auf der Schütt und in der Südslowakei bis nach Nové Zámky erhielt sie zwischen 20 und 30 % der abgegebenen Stimmen. In den rein slowakischen Gebieten lag ihr Stimmenanteil konstant zwischen 6 und 10 %.

Slowakei-Politik besaßen nur die Agrarier, die in ihrem Programm des „Regionalismus“ an der engen politischen Bindung der Slowakei an den Einheitsstaat festhalten, die Härten eines strikten Zentralismus aber vermeiden wollten.

Der Zentralgewalt boten sich bei der Staatsgründung drei Möglichkeiten zur Ausgestaltung ihrer Slowakei-Politik an. Sie konnte versuchen, die um die SVP gruppierten oppositionellen Elemente durch Zugeständnisse — vor allem auf dem kulturellen Sektor — zu befriedigen. Die formelle Anerkennung der „slowakischen Nationalindividualität“, Konzessionen in der Frage der Konfessionsschulen und der Stellung der katholischen Geistlichkeit, eine stärkere slowakische Beteiligung an der Verwaltung⁸⁹, eine tatkräftige Hilfe für die slowakische Industrie und für die Kleinbauern hätten der Agitation der SVP den Boden entzogen. Obwohl die autonomistischen Tendenzen in der Slowakei nicht auf ein Zerschlagen des Staates, sondern nur auf eine andere Organisationsform hinielten, bedeuteten sie für das gemeinsame Zusammenleben und für eine geordnete Entwicklung eine schwere Belastung. Wir halten es aber nicht für ausgeschlossen, daß die SVP oder eine andere Partei trotz einer Kulturautonomie den Anspruch auf „nationale Autonomie“ früher oder später nicht doch wieder erhoben hätten.

Die umfassendste und befriedigendste Lösung, eine Föderalisierung der Republik, blieb nach 1918 bis in die dreißiger Jahre wegen der fehlenden Voraussetzungen undurchführbar. Erst ein Ausgleich mit Ungarn — vielleicht durch die Rückgabe der von Magyaren bewohnten Gebiete der Süd-Slowakei — und die Konsolidierung der inner-slowakischen Verhältnisse konnten die Gewähr für den Fortbestand eines tschecho-slowakischen Bundesstaates bieten. Als die Regierung nach dem Abkommen von München unter Zwang an die Verwirklichung der dualistischen Staatsform ging, reichte den slowakischen Separatisten jedoch auch dieses Zugeständnis nicht mehr aus.

Im Jahre 1918 bestand die politische Notwendigkeit, die Macht all dessen abzuschwächen, was eventuell eines positiven Verhältnisses zum früheren Regime hätte verdächtigt werden können. Daher entschied sich die Regierung für eine extreme Zentralisierungspolitik, die ihren Niederschlag in der Verfassung und dem Gauverfassungsgesetz vom 29. Februar 1920 fand⁹⁰. Durch Schule, Verwaltung und Wirtschaft sollte die Slowakei tschechisiert und das national und politisch wenig differenzierte slowakische Volk durch Assimilation in den tschechischen Volkskörper aufgesogen werden. Denn für die Regierungen bedeutete die „slowakische Frage“ aus Gründen der äußeren und inneren Politik eine schwere Verlegenheit. Ohne die Mitarbeit der Slowaken konnten sowohl die „Nationalstaatspolitik“ als auch die slowakische Prestige-Politik nicht durchgeführt werden. Daraus erklärt sich das Bemühen der tschechischen Politiker, die Führer der Autonomie-Bewegung als kleine

⁸⁹ Vgl. Macartney 111 ff. — Seton-Watson: *The New Slovakia* 19 ff. — Singule 78 f. — Hassinger 475 f. Beschäftigungszahlen von Tschechen und Slowaken und Berufsstatistiken bei Boháč, A.: *Statistický Obzor* [Statistische Umschau]. Prag 1935, Nr. 4/5, S. 183—190 und Macartney 133/34.

⁹⁰ Nr. 125 und 126 SdGuV.

Clique unzufriedener Opportunisten und Unruhestifter im Auftrag der ungarischen Irredenta abzutun.

Die Maßnahmen, die die Regierung seit 1920 zur Sicherung ihres Herrschaftsanspruches in der Slowakei ergriff, waren nicht immer klug gewählt. Erst nach der Verabschiedung der „Gauverfassung“, einem Werkzeug der straffen Zentralisierungspolitik⁹¹, wurde das Standrecht, 1923, nach den Wahlen zu den Gau- und Gemeindevertretungen, auch der „politische Ausnahmezustand“ in der Slowakei aufgehoben. Nach dem Erfolg der SVP bei den Parlamentswahlen im Herbst 1925 versuchten der Ministerpräsident Švehla und vor allem Hodža, die Autonomisten zur Mitarbeit in der Regierung heranzuziehen, um gemeinsam eine Dezentralisierung der Verwaltung durchzuführen. Die Verhandlungen kamen am 15. Januar 1927 zum Abschluß; schon am 14. Juli des gleichen Jahres konnte das Gauverfassungsgesetz durch Hodžas „Gesetzesvorlage über die Gebietsselbstverwaltung“ ersetzt werden⁹². Es lag im Interesse der SVP, die traditionslosen Gaue abzuschaffen und durch die Wiedereinführung der „Länder“ als Verwaltungseinheiten eine Grundlage für ihre Forderung nach „Autonomie für das Land Slowakei“ (Slovenská krajina) zu erhalten⁹³. Die Partei sprach klar aus, daß sie dieses Gesetz nicht als Endlösung betrachten könne, da ihre Hauptforderung auf Anerkennung einer „individuellen slowakischen Nation“ und eine „slowakische Nationaleinheit“ in ihm nicht berücksichtigt worden sei⁹⁴. Hodža sah durch diese Verwaltungsreform seine Vorstellung von einer Gebietsselbstverwaltung als angemessenen rechtlichen Ausdruck der Dezentralisierung verwirklicht, die er durch die Errichtung einer Landesschulbehörde und Landwirtschaftskammer für die Slowakei ausbauen wollte.

Ein weiteres Anliegen der SVP, die Normalisierung des Verhältnisses Staat—Kirche und der Beziehungen zwischen der ČSR und dem Vatikan, wurden durch ihre Mitarbeit in dem Modus-vivendi-Abkommen vom 2. Februar 1928 beigelegt. Aber schon bei der Wahl des Staatspräsidenten und nach den Gemeindewahlen vom 2. Dezember 1928 zeigten sich tiefe Sprünge in der

⁹¹ Einzelheiten siehe Bokes, František: *Dejiny Slovenska a Slovákov od najstarších čias až po oslobodenie* [Geschichte der Slowakei und der Slowaken von der ältesten Zeit bis zur Befreiung]. Preßburg 1946, S. 369 f. und S. 379 f. — Dérer, Ivan: *The Unity of the Czechs and Slovaks*. Prag 1938, S. 66. — Borovička 63.

⁹² Über die Verhandlungen zum Regierungseintritt geben Klepetář 216 und 245 ff. und Čulen: *Po Svätoplukovi* 135 f. Auskunft. Den Einfluß des Vatikans auf die politische Ausrichtung der SVP behandeln Klimeš 163—180. — Stanek 157—209. — Stanek, Imrich: *Vatikan, spojenec ľudáctva a tzv. Slovenského štátu* [Der Vatikan, Verbündeter der Volkspartei und des sog. slowakischen Staates]. ČCH 3 (1955) 82—110. — Sirácky 29 ff. — Einzelheiten über die Gebietsselbstverwaltung bringen Braunnias, Karl: *Die Slowaken*. Stuttgart-Berlin 1942, S. 64 f. — Dérer: *Unity* 66. — Borovička 143 ff.

⁹³ Vor 1918 wurde das von den Slowaken bewohnte Gebiet Ungarns als „Oberungarn“ bezeichnet; von einem „slowakischen Raum“ oder der „Slowakei“ konnte eigentlich erst nach 1918 gesprochen werden.

⁹⁴ Vgl. Tisos Stellungnahme nach der Verabschiedung des Gesetzes bei Čulen: *Po Svätoplukovi* 137 und Lorenz 706.

Koalition⁹⁵. Nach der Verurteilung Tukas wegen Landesverrats schied die SVP aus der Regierung Udržal aus⁹⁶; bei den Neuwahlen am 27. Oktober 1929 konnte die Partei ein weiteres Absinken ihres Stimmenanteils knapp verhindern.

Die SVP ging nach den Parlamentswahlen geschwächt in eine gemäßigte Opposition⁹⁷; der konservative Flügel gewann seinen Einfluß auf Hlinka zurück und vertrat weiterhin einen maßvollen Autonomie-Kurs. Die Dezentralisierung in der Verwaltung wirkte sich vorteilhaft für die Slowakei aus, obwohl die Regierung keineswegs auf ihre strikte Kontrolle verzichtet hatte. Aber sie gab alle Pläne einer graduellen Tschechisierung der Slowaken auf. Der Konflikt zwischen der Regierung und der SVP brach erneut 1933 aus, als Hlinka bei der Pribina-Feier am 13. August 1933 in Nitra in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Malypetr einen nachhaltenden propagandistischen Erfolg erzielte. Als Gegenmaßnahme versuchte die Regierung die politische Arbeit der SVP durch eine kleinliche Pressezensur und Versammlungsverbote einzuschränken. Das ostentative Fernbleiben der SVP bei der Staatspräsidentenwahl im Jahre 1934 löste weitere Spannungen aus.

Eine vorübergehende Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen brachte noch einmal das Jahr 1935. Die SVP konnte bei den Mai-Wahlen ihre Position weiter ausbauen, aber keinen der SdP vergleichbaren Erfolg erzielen. Einem Regierungseintritt widersetzte sich die SVP auch dann, als Hodža am 5. November 1935 als erster Slowake die Ministerpräsidentenschaft übernahm. Als Verhandlungsgrundlage bestand die SVP auf einer „schrittweisen Verwirklichung der nationalen Autonomie“⁹⁸. In seiner Regierungserklärung vom

⁹⁵ Bei der Wiederwahl Masaryks am 27. Mai 1927 enthielt sich die SVP der Stimme. Nach der schweren Niederlage der SVP bei den Gemeindewahlen (im Vergleich zur Parlamentswahl von 1925 verlor die SVP 163 523 = 33 % ihrer Stimmen) forderte Tuka den sofortigen Austritt aus der Koalition. Der Tuka-Prozeß führte zu einer Aufsplitterung in der SVP und zu einem Ausscheiden der gemäßigten Politiker Juriga, Tománek, Macháček und Kubíř. Unifizierungsminister Gažík wurde von Hlinka zur Demission gezwungen. Vgl. Grečo, Martin: *Martinská deklarácia* [Die Deklaration von St. Martin]. Preßburg 1939, S. 174 ff.

⁹⁶ Nach den §§ 2 und 6 des Staatsschutzgesetzes von 1923 (Nr. 50 SdGuV) wurde Tuka am 5. Oktober 1929 zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Ihm wurde überzeugend nur der Empfang ausländischer Gelder für seine anti-tschechische Pressekampagne nachgewiesen. Tuka gab diesen Tatbestand in seinem Gnadengesuch an den Präsidenten der Republik im Jahr 1935 zu. Vgl. Klepetář 280. — Prager Presse vom 5. Dezember 1937. — Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Pol. IV, 382 (Tschechoslowakei, Innenpolitik, Parlaments- und Parteienwesen), Bd. 2, E 023569/70 und Anlage, Bericht Eisenlohrs aus Prag vom 6. Dezember 1937. — Feierabend, Ladislav: *Ve vláдах Druhé republiky* [Im Dienst der Zweiten Republik]. New York 1961, S. 70. — Zum Tuka-Prozeß: Smida, J.: *The Tuka-Trial*. Preßburg 1930. — Loubal, František: *Tukův proces*. Brünn 1938. — Jehlička, Francis: *Une étape du Calvaire Slovaque: Le proces Tuka*. Paris 1930. — AUD KSS, „Daxner-Nachlaß“, Tuka-Prozeß.

⁹⁷ Vgl. die Begründung Tisos bei Čulen: *Po Svätoplukovi* 157.

⁹⁸ Der Vollzugsausschuß der SVP legte am 24. Mai 1935 die Bedingungen für einen Regierungseintritt der Partei fest. Tiso führte Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Malypetr und dem Vorsitzenden der Tschechischen Volkspartei Msgr.

5. Dezember 1935 bot Hodža der SVP jedoch nur ein Investitionsprogramm für die slowakische Wirtschaft und eine Angleichung des Lebensstandards und der Tarife an die historischen Länder an; er machte aber keine konkreten politischen Vorschläge⁹⁹. Obwohl Hodža weiterhin hart und ehrlich an einer Lösung der „slowakischen Frage“ arbeitete, kam er doch über Vorschläge und Ansätze nicht hinaus. Eine von ihm eingesetzte „Slowakei-Abteilung“ im Ministerpräsidium besaß nur geringen Einfluß auf die Ausrichtung der Slowakei-Politik der Regierung, denn Hodža konnte sich mit seiner Konzeption im Ministerrat und in der tschechischen Ministerialbürokratie nicht so durchsetzen, wie sich das die Slowaken wünschten. Seine Verhandlungen mit der SVP, die sich bis zum Jahresende 1936 hinzogen, scheiterten letztlich an der Forderung der Volkspartei nach einem Ministerium, dem die slowakische Landesverwaltung in allen Bereichen unterstellt werden sollte¹⁰⁰. Als die Regierung die Verhandlungen Anfang des Jahres 1938 auf dieser Basis wieder aufnehmen wollte, ließ sich die SVP nicht mehr zu einem Einschwenken auf die Regierungslinie und zur Aufgabe ihrer parlamentarischen Opposition bewegen.

Die Verhärtung der Fronten zwischen der Regierung und der SVP nach 1936/37 war Hodža nicht persönlich zuzuschreiben; weit einschneidender beeinflusste ein Vertrauensbruch von Beneš die politische Haltung der SVP. Als er sich im Dezember 1935 seine Wahl zum Staatspräsidenten von der SVP mit dem Versprechen erkaufte, der Slowakei innerhalb eines Jahres eine großzügige politische Autonomie mit der prozentualen Beteiligung der Slowaken bei den Zentralämtern, Konfessionsschulen, einer Korrektur der Staatszuschüsse, der Verbesserung der Wirtschaftslage und der Bevorzugung der slowakischen Industrie bei der Vergebung von Staatsaufträgen einzuräumen¹⁰¹, und diese Zusage nicht einhielt, trug er zu dem Prestigeverlust der „Gemäßigten“, den Befürwortern seiner Wahl, und zum weiteren Aufstieg der „Radikalen“ in den Führungsgremien der Partei bei. Die „Nástupisten“ um

Šrámek. Die Unterredungen schleppten sich erfolglos hin; die Absage gab Tiso dann in einer Rede am 25. Juni 1935 als Antwort auf die Regierungserklärung Malypetrš. ‚Slovák‘. Nr. 149—151, 26.—28. Juni 1935. — Čulen: Po Svätoplukovi 107 f. und Sidor: Slovenská politika 314.

⁹⁹ Čulen: Po Svätoplukovi 109.

¹⁰⁰ Solange der Staatsbeitrag der Slowakei passiv war (16 % der Staatseinnahmen, aber 18 % der Staatsausgaben betrafen die Slowakei. Vgl. Čulen: Po Svätoplukovi 163 und Feierabend 106), wollte Hodža nur eine weitere Dezentralisierung der Verwaltung durchführen. Hodža erklärte sich aber bereit, eine Anerkennung der „slowakischen Nationalindividualität“ und der slowakischen Sprache als der einzigen Amtssprache in der Slowakei graduell durchzuführen. Er weigerte sich aber entschieden, eine „slowakische Nationalität“ neben der tschechoslowakischen Staatsangehörigkeit in die Heimatkartei aufzunehmen und die Migration der Tschechen nach der Slowakei zu unterbinden. Die SVP brach daraufhin die Verhandlungen ab. Vgl. Čulen: Po Svätoplukovi 163 ff. — Dérer: Slovenský vývoj 239.

¹⁰¹ Über die Motivierung der SVP bei der Wahl Beneš zum Staatspräsidenten gibt Čulen: Po Svätoplukovi 170—173 weiteren Aufschluß.

Ďurčanský und die polonophile Gruppe um Sidor lehnten, schon unter dem Einfluß deutscher, polnischer und magyarischer Kontakte stehend, einen Ausgleich mit der Regierung ab. Sie wollten unter allen Umständen den „slowakischen Nationalstaat“ und drängten bewußt auf eine Staatskrise hin, die sie der Erfüllung ihrer Wünsche näherbringen sollte.

Bei einer etwas flexibleren Slowakei-Politik der Regierung lag bis zur Jahresmitte 1937, ganz sicher aber bis Ende 1936, ein gerechter Ausgleich für beide Seiten im Bereich des Möglichen. Masaryks Konzept der „National- und Kultureinheit des tschechoslowakischen Volkes“ mußte für diesen Kompromiß zwar geopfert werden; die Regierung wäre dann aber innerlich gefestigt in die schweren Verhandlungen mit den nationalen Minderheiten hineingegangen. Nach dem langen und fruchtlosen Hinhalten konnte bei der SVP nicht mehr mit einer aktiven Mitarbeit und Staatsloyalität in der krisenhaften Situation nach 1937 gerechnet werden. Die Zugeständnisse der Regierungen kamen zu zögernd, zu spät und zu erzwungen, sie verletzten den Stolz der Slowaken, reichten nie weit genug und trugen schon den Keim für neue Forderungen in sich. Als dann 1938 die Regierung endlich konstruktive Vorschläge zur Diskussion stellte, hatte sich unter dem Einfluß von Hitlers aggressiver Tschechoslowakei-Politik die innen- und außenpolitische Situation so gewandelt, daß die SVP nicht mehr mit Teilversprechungen abgespeist werden konnte. Die Krise des Jahres 1938 brachte dann den latent schwelenden Konflikt zwischen der tschechoslowakischen Regierung und der autonomistischen Slowakischen Volkspartei Hlinkas zum Ausbruch¹⁰².

¹⁰² Siehe dazu Hoensch, Jörg K.: Die Slowakei und Hitlers Ostpolitik. Hlinkas Slowakische Volkspartei zwischen Autonomie und Separation 1938/39. Köln-Graz 1965.